

Nationalkongress

der

**Association des Enrôlés de Force
Victimes du Nazisme**

vom 8. mai 1977

in

Wormeldingen

Prolog

Noch ist in unser aller Erinnerung der Kongreß vom 16. Mai 1976 in Rodange und schon ist derjenige von 1977 vorbei, — gehört der Vergangenheit an. Die Kameraden aus Wormeldingen, die verantwortlich zeichneten für die Organisation des Kongresses 1977, mögen «uff» gesagt haben, als er vorbei war und alles wie am Schnürchen geklappt hatte. Aber, — und das ist eine erfreuliche Feststellung — es wird noch lange vom Wormeldinger Kongreß die Rede sein. Nur selten haben so viele Delegierten an einem Kongreß teilgenommen als gerade in Wormeldingen.

Mustergültig vorbereitet, wickelten sich die Arbeiten zeit- und plangerecht ab. Ein Glück, daß ein Saal ungewöhnlichen Fassungsvermögens wie jener des Wormeldinger Kulturzentrums zur Verfügung stand. Nicht weniger als 170 Personen, (geladene Gäste und die Delegierten der verschiedenen Landessektionen) nahmen an der Tagung teil. Angesichts dieser außergewöhnlich starken Beteiligung, scheint erwiesen, daß es keineswegs leere Worte sind, wenn der Zentralvorstand sagt: «Mir gin eis net!»

Kurz nach 9 Uhr eröffnete Kamerad Roger Thill, Präsident der Wormeldinger Sektion, den Kongreß. Er begrüßte den Herrn Bürgermeister und die Gemeinderatsmitglieder Wormeldingens, die Redner der akademischen Sitzung, den Zentralvorstand und die Landesdelegierten, hieß alle herzlich willkommen und gab seiner Freude Ausdruck über die zahlreiche Teilnehmerschaft.

An diesem Tag möchte er besonders an zwei wichtige Daten erinnern, die in der Geschichte Luxemburgs und mehr noch im Leben der Zwangsrekrutierten eine sehr bedeutende Rolle spielten, sagte Roger Thill. Das erste hier angesprochene Datum sei der 10. Mai 1940. Es war

das der Freitag vor Pfingsten. Am Morgenrauen jenes Tages hatten die Deutschen unser Land überfallen. Es war das der Beginn einer langen, düsteren Periode, in der Bäche von Tränen und Blut flossen. Mit diesem Tag brach viel und unsägliches Leid über Luxemburg und seine Bevölkerung herein.

Dann ist es das Datum des 8. Mai 1945, als die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapitulierte und damit der bis dahin mörderischste Krieg endlich beendet war. Seitdem lebten wir in Frieden, das heißt, es hat in unserer Region keinen Krieg mehr gegeben. Doch sei es bis heute, 32 Jahre danach, noch immer nicht zu einem Friedensvertrag mit den Kriegsverlierer, mit den Deutschen gekommen.

Die hier Anwesenden gehören, bis auf wenige Ausnahmen, zu den 20.000 Mädchen und Jungen Luxemburgs, die in den Kriegsjahren zum RAD, zur Wehrmacht und zu anderen paramilitärischen Formationen des nationalsozialistischen III. Reiches verschleppt wurden, sagte Roger Thill. Er erinnerte daran, daß 3.500 Zwangsrekrutierte ihre Heimat nie wiedersahen. Sie sind tot oder gelten als vermißt. Ihnen sind die Luxemburger zum Dank verpflichtet und ihrer gedenken wir am heutigen Tag.

Die Zurückgekehrten tragen ihrerseits heute schwer an den Folgen des Erlebten und Durchgestandenen. In erschreckendem Maß hat auch ihre Zahl abgenommen.

In Anbetracht all dessen, was man uns in der Heimat antat, nachdem wir aus der Hölle zurückgekehrt waren; der daraus entstandenen Probleme, deren Lösungen immer noch ausstehen, sei die Devise: «Mir gin eis net!» sehr wohl am Platz. Dem Kongreß einen vollen Erfolg wünschend, gab Roger Thill alsdann das Wort an den

Landespräsidenten Jos. Weirich

Zu Beginn seiner einleitenden Ansprache, begrüßte er die Gäste und die zahlreichen Delegierten. Wie in den Vorjahren, so finde auch dieses Jahr vor den mehr spezifischen Kongreßarbeiten eine akademische Sitzung statt. Es werde jeweils ein Thema behandelt, das die Zwangsrekrutierten ganz besonders interessiere. Im Zentralvorstande sei man übereingekommen, aus Gründen der Aktualität, die Nuklearfusion als Energiequelle in einer möglichst verständlichen Form behandeln zu lassen. Der Anlaß dazu war, — wie könnte es anders sein? — der in Remerschen zu errichtende Atomreaktor. Mancheiner wird sich gefragt haben: «Was geht das die Zwangsrekrutierten an?»

Nun, so führte der Landespräsident aus, die Zwangsrekrutierten sind sehr wohl mit ihren

Problemen vertraut. Sie wissen genau wie es dazu kam, wo und was deren Ursprung ist. Jedem sei bekannt, daß kürzlich unser Großherzog Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland machte. Wir hatten gehofft, ja erwartet, daß bei jener Gelegenheit unser Problem zur Sprache käme. Das umso mehr als nach dem Staatsbesuch von Bundespräsident Gustav Heinemann uns immer, und immer wieder versichert worden war, das Problem der Zwangsrekrutierung sei keineswegs abgeschrieben. Im Gegenteil, Luxemburgs Regierung könne jederzeit in Bonn vorstellig werden und eine Regelung verlangen.

Es erschien uns als Selbstverständlichkeit, daß dieses Problem gerade bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht würde. Es ist doch

so, daß, wer freundschaftliche Bande knüpfen will, vorerst alten Hader, Zwist und ganz besonders alte Streitigkeiten beseitigen muß.

Wir waren denn auch nicht wenig erstaunt, als in der Fülle der Berichte über den Staatsbesuch in der BRD kein Wort über die Reparation eines schrecklichen Kriegsverbrechens, begangen von den Deutschen an den Zwangsrekrutierten, zu finden war. Nicht nur das, in Bonn erklärte Luxemburgs Staatsminister vor der internationalen Presse, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg gäbe es keine Streitsache mehr.

Wie zu erfahren war, wurde über alles Mögliche gesprochen, unter anderem auch über den am luxemburgischen Moselufer zu errichtenden Atomreaktor. Man ließ uns stolz wissen, die Bundesrepublik hätten sich Luxemburg gegenüber verpflichtet, unseren anfallenden Atommüll abzunehmen. Dabei wissen die Deutschen nicht einmal, was sie mit dem ihrigen anfangen sollen.

Mitunter hatte man den Eindruck, die Staatsvisite unseres Großherzogs finde lediglich statt wegen der Stromenergie und deren Beschaffung. Wir hatten zuweilen den Eindruck als wäre der Staatsbesuch nur Elektrizitätshalber aufgezogen worden.

In der Vergangenheit haben wir Zwangsrekrutierte mancherlei Erfahrungen gemacht, ganz besonders dann, wenn Luxemburgs Verantwortliche mit den Deutschen verhandelten. Nichts lag greifbar näher als die Frage: «Ist es in diesem Fall nicht etwa zu einem ähnlichen Kuhhandel gekommen wie im Jahre 1959 als der deutsch-luxemburgische Reparations-, lies Ausgleichs-, lies Staatsvertrag zustande kam?» Nachträglich stellte sich heraus, daß es nur ein elendiger «Schandvertrag» war, etwas, worauf Luxemburgs Politiker aber auch gar nicht stolz zu sein brauchen.

Durch allerlei Erlebtes und durch mancherlei Begebenheiten äußerst skeptisch gemacht, fragen wir Zwangsrekrutierte uns: «Wurde bei jenem Staatsbesuch, ebenso wie einst 1959, großzügig auf dies oder jenes verzichtet? Wurden nicht etwa unsere berechtigten Forderungen wegen etwas ganz Bestimmten, zum Beispiel wegen des Atomreaktors, fallengelassen?» Alles spricht für diese, unsere Annahme. So wie die Dinge bis dahin sich entwickelt hatten, deutet alles darauf hin, daß die in Sachen Atom sehr stark engagierten Politiker unseres Landes mit keiner Wimper zucken, die Zwangsrekrutierten nochmals zu verkaufen, wenn erstere damit ihrem Ziel auch nur einen kleinen Schritt näher kommen. In der Vergangenheit wurden die Zwangsrekrutierten verschiedentlich sozusagen als Handelsware und als Druckmittel benutzt.

Nicht von ungefähr habe man im Zentralvorstande sich geeinigt, bei Gelegenheit des Kongresses von 1977 die Atomenergie und die damit betriebenen Kraftwerke zur Elektrizitätserzeugung zum Thema des Tages zu wählen. So

wohl die Kameraden des Zentralvorstandes als auch die Landesdelegierten sollen für einmal die Informationen erhalten, die unbedingt erforderlich sind, will man überhaupt noch Einfluß nehmen, oder auch nur in etwa verstehen, was an oberster Stelle in unserem Lande über die Köpfe der Bürger hinweg für die Zukunft verfügt wird.

Das sei, so fuhr der Redner fort, kein leichtes Unterfangen. Dem Zentralvorstand geht es darum, objektive Informationen bezüglich der Atomspaltung und der Atomkraftwerke zu erhalten und zu vermitteln. Das ist umso schwieriger, als zum gegebenen Zeitpunkt zwei absolut gegensätzliche Standpunkte sich herauskristallisiert haben. Die Befürworter des Atomkraftwerkes, das in Remerschen errichtet werden soll, sagen ja und dessen Gegner sagen nein dazu. Doch wer auch nur ein klein wenig überlegt, der wird sich mit diesem simplistischen Ja einerseits und dem Nein andererseits nicht zufrieden geben. Wer von uns möchte zu einer wichtigen Sache ja oder nein sagen, nur weil diese oder jene aus seinem Bekanntenkreis sich entweder dafür oder dagegen aussprechen? Wenn jener andere in den Brunnen springt, tut man es ihm doch nicht nach!

Es geht den Zwangsrekrutierten nicht um Propaganda für oder gegen das Atom als Energiequelle. Wie bereits gesagt, hier geht es ganz einfach um objektive Aufklärung. Erst danach soll ein jeder bei sich und für sich entscheiden, wie er sich zu dem luxemburgischen Atomprojekt stellt.

Um offene und ehrliche Aufklärung hat sich der Zentralvorstand bemüht. Deswegen wurde unser Staatsminister von unserem Vorhaben schriftlich unterrichtet. Er wurde ersucht, eine Fachkraft des zuständigen Ministeriums zu bestimmen, um uns in aller Objektivität zu informieren. In seinem Antwortschreiben beglückwünschte uns der Staatsminister für unsere Initiative, teilte uns dann aber auch gleichzeitig mit, er sähe es nicht für angezeigt, wenn zum gegebenen Zeitpunkt eine von der Regierung designierte Person zu diesem bestimmten Thema in der Öffentlichkeit sprechen würde. Ein Beeinflussung unserer Delegierten wäre nicht angebracht. So wurde dann eben auf einen Beitrag der Regierung verzichtet. Und hätte man uns nur den Standpunkt der Regierung dargelegt, das wäre uninteressant gewesen. Er ist ohnehin weitlich bekannt.

Im Zentralvorstande habe man sich dann umgesehen, — so fuhr der Redner fort, — und es wurden drei Fachleute verpflichtet, die sich bereit erklärt hatten, das Thema «Atom» und «Atomkraftwerke» zu behandeln. Es sind das der Reihe nach, wie sie unter sich übereingekommen sind, ihre Referate vorzutragen, folgenden Herren:

1. François Colling, Ingénieur diplômé, école Polytechnique Fédérale de Zurich, ancien collaborateur à l'EURATOM, ingénieur AR-BED-Recherches.

2. Claude Wehenkel, docteur es sciences, maître-assistant à l'Université Paris XI, expert au groupe de travail «politique énergétique» du Conseil Economique et Social.
3. Norbert Stomp, biologiste, professeur à l'Athénée, Chargé de cours aux Cours Universitaires.

Die dann folgenden Referate dieser drei Herren waren ungemein interessant und äußerst lehrreich. Mehr als zwei Stunden lang lauschten die Kongressisten aufmerksam den Ausführungen der drei Redner. Wegen Zeit- und Platzmangel sehen wir uns gezwungen vorerst auf ein Abdrucken der gesprochenen Texte zu verzichten. Wir werden sie zu späterem Zeitpunkt veröffentlichen. Sie werden noch genauso aktuell sein wie jetzt.

Nach den drei Vorträgen dankte der Nationalpräsident den Herren François Colling, Claude Wehenkel und Norbert Stomp recht herzlich und überreichte einem jeden von ihnen je ein Exemplar des Buches «Die geopfert Generation», geschrieben von Francis Steffen. Damit fand die akademische Sitzung ihren Abschluß.

Gleich anschließend fuhren starke Delegationen auf die «Wormer Koepchen», allwo sich das «Monument aux Morts» befindet. In einer kurzen Gedenkzeremonie wurde den vielen toten Kameradinnen und Kameraden gedacht. Ueberdem die «Sonnerie aux Morts» erklang,

wurden Blumen vor dem Erinnerungsmal niedergelegt.

Gegen viertel vor zwölf Uhr gab die Gemeindeverwaltung sich die Ehre. In der Empfangshalle des «Centre Culturel» wurde den Kongressisten ein Ehrenwein angeboten. Bei dieser Gelegenheit ergriff Bürgermeister Joseph Pündel, ebenfalls Zwangsrekrutierter, umgeben von den Wormeldinger Schöffen und Gemeinderäten, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er begrüßte alle Anwesenden, hieß sie herzlich willkommen im Moselstädtchen Wormeldingen und wünschte ihnen recht viel Erfolg bei den Arbeiten der Tagung.

Nach dem Herrn Bürgermeister erklärte der Nationalpräsident Jos. Weirich Sinn und Zweck der zu verleihenden Auszeichnungen, dem «Ruban en or et en argent». Damit würden jedes Jahr eine Reihe verdienstvoller Kameraden ausgezeichnet werden. Wenn eine Organisation wie die der Zwangsrekrutierten landweit funktionieren soll, müssen sich stets und ständig Kameraden finden, die sich mehr als andere einsetzen, die sozusagen auf Abruf bereit sind, wenn der Zentralvorstand oder die Sektionsvorstände ihrer bedürfen, sei es um außergewöhnliche Arbeiten zu verrichten oder jedesmal präsent sind, wenn dazu aufgefordert. Es sind das solche Kameraden, die im Kampf um die gemeinsame und gerechte Sache der Zwangsrekrutierten ungewöhnliche Leistungen in der Vergangenheit vollbrachten.



In Wormeldingen wurden folgende Kameraden ausgezeichnet:

Ruban en or :

Flammang Georges, Belvaux/Sanem
 Knepper Marcel, Mamer
 Wack Edouard, Obercorn
 Renard Léon, Roeser.

Ruban en argent :

Schmit Emile, Belvaux/Sanem
 Koster Raymond, Belvaux/Sanem
 Bruck René, Canach
 Kummer Jos., Canach
 Jung Jean-Pierre, Canach
 Ludwig Roger, Canach
 Kettel Louis, Dudelange
 Mergen Olivier, Dudelange
 Majerus Ferdinand, Dudelange
 Schmit Roger, Dudelange
 Weiler Pierre, Dudelange
 Schmit Josy (abbé), Esch-Alzette
 Dr. Majerus Nic., Esch-Alzette
 Weissen Armand, Hesperange
 Schmitz Arthur, Hesperange
 Heinen Pierre, Hesperange
 Thinnès Jos., Hesperange
 Zoenen Marcus, Hosingen
 Brachmann Michel, Hosingen
 Maar Marcel, Niedercorn
 Lallemand Norbert, Niedercorn
 Kleren Marcel, Niedercorn

Wampach René, Obercorn
 Thein Marcel, Rédange/Attert
 Théobald Jean, Schiffflange
 Metz Josy, Schiffflange
 Kessler André, Schiffflange
 Engstler Jean, Troisvierges
 Foetz Nicolas, Walferdange
 Linden Nicolas, Walferdange
 Steil Arthur, Walferdange
 Tescher Camille, Walferdange
 Kousmann Emile, Wormeldange
 Steinmetz Jos., Wormeldange
 Weyrich Jos., Wormeldange
 Pundel Jos., Wormeldange
 Thewes Erny, Wormeldange
 Promme Jos., Differdange
 Wilmes Mich., Differdange
 Schockmel Théo, Differdange
 Probst Albert, Sandweiler
 Schreiner Edmond, Sandweiler

Nachträglich gratulieren wir unsererseits nochmals den Ausgezeichneten recht herzlich, und wünschen ihnen allen, daß sie ihr «Ruban» noch recht lange tragen dürfen.

Anschließend an diese intime Feier wurde in den Gaststätten Weyrich-Linster, Wormer Stuff (Inh. Herr Reding) in Wormeldingen, und im Hause Schmit-Hengel, Oberwormeldingen das Mittagessen serviert. Das in allen drei Restaurants aufgetragene Menü, welches überall das gleiche war, machte den drei Häusern alle Ehre.

Zweiter Teil

Nach dem Mittagessen begann um 15 Uhr der zweite Teil des Kongresses. Präsident Jos. Weirich eröffnete die Sitzung, indem er die Delegierten begrüßte, die aus ihnen eigenen Gründen nicht an der akademischen Sitzung des Vormittags hatten teilnehmen können. Er drückte alsdann den Wunsch aus, alle sollten tatkräftig mitarbeiten, damit im Verlauf der drei folgenden Stunden gute Arbeit geleistet werden kann. Die Landesdelegierten, ja wir alle seien nicht nach Wormeldingen gekommen um nur zuzuhören, sondern es sei die Pflicht eines jeden aktiv mitzuarbeiten und bei wichtigen Entscheidungen einen wirklichen Beitrag zu leisten.

Er dankte den Kameraden der Wormeldinger Sektion der Zwangsrekrutierten für die vorbildliche Arbeit, die sie hinsichtlich der Organisation des Kongresses geleistet haben. Alles sei am heutigen Tag so gut gelungen, daß es schwierig wäre, eine derartige Tagung noch besser zu gestalten.

Er begrüßte dann die geladenen Gäste. An erster Stelle, Herrn Paul Simonis, den «Pap vun ons Jongen», um sich gleich anschließend an die Vertreter der «Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945» und an jene andere der Tambower-Vereinigung zu wenden. Er bedankte sich im Namen aller Anwesenden bei den Gästen, die der Einladung des Zentralvorstandes nachgekommen sind.

Alsdann brachte der Präsident seine sowie aller Mitglieder des Zentralvorstandes Freude zum Ausdruck und sagte, es habe ihn und seine Kameraden mit Genugtuung erfüllt, als sie feststellen konnten, daß dieses Jahr mehr Sektionen ihre Delegierten zum Kongreß entsandt haben. Dabei handelt es sich in der Regel um solche Sektionen, die man als von der Bildfläche verschwunden wähnte.

Sich an die Vertreter der Presse wendend, sagte der Präsident, er würde ihnen ganz besonders danken für ihre Berichterstattung in der Vergangenheit. Es läge den Zwangsrekrutierten fern, viel Aufhebens mit ihrem Jahreskongreß zu machen. Es würde keine Reklame dafür gemacht. Und dennoch finden Jahr um Jahr die Journalisten der verschiedenen luxemburgischen Zeitungen sich ein und veröffentlichen nachträglich objektive Berichte über das Geschehen innerhalb der Organisationen der Zwangsrekrutierten. Wir sind uns wohl bewußt, daß sie damit dazu beitragen deren Probleme und Angelegenheiten dem Volk zu unterbreiten, so eine breite Basis des Verständnisses für die Probleme der geopfert Generation schaffend.

Einen weiteren Dank richtete der Präsident an die Inhaber der drei Restaurants von Wormeldingen, die die Vielzahl der Delegierten am heutigen Tag zur aller größten Zufriedenheit beköstigten.

Am Vormittag sei eine ganze Reihe einstiger Leidensgefährten mit dem «Ruban en or et en argent» ausgezeichnet worden, sagte der Präsident. Es sei aber, wie einem jeden bekannt sein dürfte, der ausdrückliche Wunsch des Zentralvorstandes sowie ebenfalls der eigens zur Verleihung der «Rubans» tagenden Kommission, daß diese Auszeichnungen nur auf den jeweiligen Jahreskongressen der «Association des E.F. V.N.» verliehen werden. Wer ausgezeichnet wird, soll die Ehrennadel persönlich in Empfang nehmen. Ausnahmen mag es geben. Sie sind aber soweit wie nur denkbar möglich zu vermeiden.

Eine solche Ausnahme ist die Sektion Oberkorn. Die dortigen Kameraden haben meist zur selben Zeit ihre lokale «Journée commémorative» wenn der Landeskongreß der Assoziation stattfindet. Ihren Vertretern war es aus diesem Grunde am heutigen Tag unmöglich noch vor der Mittagsstunde in Wormeldingen zu sein. Inzwischen sind sie angelangt und der Präsident bittet den Kameraden René Wampach an den Vorstandstisch und heftet ihm den «Ruban en argent» an.

Die Sektion Oberkorn ist und war zu allen Zeiten eine Sektion, die zu den aktivsten des Landes zählt. Ihre treibende Kraft ist sonder Zweifel Kamerad Edy Wack. Um die gemeinsame Sache aller Zwangsrekrutierten hat er sich in der Vergangenheit verdient gemacht. Dafür wird er dieses Jahr mit dem «Ruban en or» ausgezeichnet.

Last, but not least, begrüßt der Präsident den juristischen Berater unserer Organisation, den Kameraden Jean Gremling. Er war uns in den letzten Jahren eine ungewöhnliche Stütze. Seine Arbeit war hervorragend. Auch ihm dankte der Nationalpräsident in warmen Worten, und das unter dem Applaus des ganzen Saales.

Vergessen sein sollten aber keineswegs die Kameraden, die einst mit uns an der Lösung der Probleme der Zwangsrekrutierten tatkräftig mitarbeiteten. So zum Beispiel der unvergeßliche Kamerad Norbert Jungbluth, der als letzter unerwartet aus dem Leben schied. Aber auch an die vielen toten Kameraden wollen wir in einer stillen Minute gedenken, die draußen, weit in der Ferne, eine letzte Ruhestätte gefunden haben, denen es nicht vergönnt war, die geliebte Heimat und ihre Familien wiederzusehen. Aber auch allen anderen Zwangsrekrutierten wollen wir gedenken, die wohl wieder in die heimatlichen Gefilden zurückgekehrt waren, aber die so schwer von den Kriegereignissen gezeichnet worden waren, daß sie nachträglich allzu früh starben.

Nach der Gedenkminute ging der Präsident über zu den Routinearbeiten des Kongresses. Als erster Punkt figuriert auf der Tagesordnung der Tätigkeitsbericht. Er wird vorgetragen von Kam. Jempy Bolmer.

Tätigkeitsbericht

«Eemol am Joer héscht et Rechenschaft ofléen iwer all daat, waat am vergaangene Joer am Comité Central geschafft gin ass.» Mit diesen Worten begann Jempi Bolmer den Bericht über die Tätigkeit des Zentralvorstandes. Diese Art von Berichterstattung wird vielleicht diesen oder jenen langweilen. Aber, so fuhr J.-P. Bolmer weiter, wie so manch anderes, so gehöre der Rechenschaftsbericht einer Organisation nun mal zu den Dingen, wie sie auf allen Kongressen den Delegierten vorzutragen sind.

So manch einer mag insgeheim denken, das was er zu sagen habe, sei nicht von Bedeutung, weil nur sehr wenig Konkretes im verflossenen Jahr realisiert worden sei. Nun, über das was zu berichten ist, kann man denken wie man will. Fest steht jedenfalls, daß zu allen Zeiten viel Kleinarbeit dieser oder jener Realisation voraufgegangen ist. In unserem Fall, und angesichts der Probleme, die wir Zwangsrekrutierte zu wälzen haben, ist mitunter nichts anderes zu erwarten, als die Genugtuung, die ein jeder nach getaner Arbeit empfindet.

Im Zentralvorstand geht niemanden die Arbeit ab. Es ist eigentlich erstaunlich, mit welcher Verbissenheit die Kameraden dieses Gremiums Jahr ein, Jahr aus nebenamtlich ihr Pensum bewältigen. Uneigennützig arbeiten sie in ihrer Freizeit im Interesse ihrer einstigen Leidensgefährten.

Am 9. Januar 1976 nahmen neun Mitglieder des Zentralvorstandes an der gewöhnlichen Generalversammlung der «Fédération des Victimes du Nazisme, Enrôlées de Force» teil. Sie sind alle Mitglieder dieses Gremiums. Anschließend an die Berichte des Präsidenten, des Sekretärs und des Kassierers, wurde eine Statutenänderung beschlossen, welche gelegentlich einer späteren, außergewöhnlichen Generalversammlung gutgeheißen werden soll.

Am 22. Januar fand eine Sitzung des Vorstandes der Föderation statt. Das Datum wurde bestimmt, an dem die außergewöhnliche Generalversammlung der «Fédération V.N.E.F.» abzuhalten sei. Ebenso wurde bereits an diesem Tag das Datum bestimmt, an dem der nationale Kongreß der Assoziation E.F.V.N. abgehalten wird. Viel zu schaffen tun die vielen Repräsentationspflichten den Zentralvorstandsmitglieder. Hauptsächlich empfinden die Kameraden es als sehr beschwerlich, wenn sie sich deplazieren müssen, um an den vielen Feierlichkeiten oder sonstigen Gelegenheiten teilzunehmen. Die meisten Mitglieder des Zentralvorstandes haben ihren Wohnsitz außerhalb der Hauptstadt. Eine glückliche Lösung in bezug auf eine Entlastung war gefunden, als Ernest Steichen sich spontan anbot, den Zentralvorstand bei jeder Feier zu vertreten, die in der Hauptstadt stattfindet.

Vom Zentralvorstand nahmen an den Generalversammlungen der Sektionen Niederkorn, 6. Februar 1976, drei, Differdingen und Echternach,

7. Februar 1976 jeweils zwei Mitglieder des Zentralvorstandes teil.

Am «Monument National de la Déportation Civile et Militaire» am Hollericher Bahnhof ist ein David-Stern angebracht worden. Im Verlauf einer gediegenen Feier, an welcher zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen, wurde dieser David-Stern am 22. Februar 1976 enthüllt. Daran nahmen fünf Mitglieder des Zentralvorstandes teil. Verantwortlich für die Veranstaltung dieser Feier zeichneten der Vorstand der hauptstädtischen Sektion der Zwangsrekrutierte und der Syndicat d'Initiative von Hollerich.

Eine weitere Föderationsvorstandssitzung fand am 26. Februar statt. In jener Sitzung wurde debattiert, welche Schritte zu unternehmen seien, nachdem uns die Regierung eine glatte Abfuhr gegeben hatte. Und zwar stand an jenem Abend fest, daß sie nicht gewillt sei, auch nur das Geringste zu unternehmen, um den am 13. Mai 1974 in der Kammer deponierte Gesetzesvorschlag spruchreif zu machen. Trotz mancher Vorschläge, welche Schritte zu unternehmen seien und welche Wege beschritten werden könnten um den uns zugesteckten Schwarzen Peter los zu werden, konnte man zu keinem konkreten Ergebnis gelangen.

Die folgende Sitzung vom 4. März 1976 sollte dann erfolgreicher sein. An jenem Abend wurde der Beschluß gefaßt, eine Petitionsaktion zu starten um auf diese Weise die Verantwortlichen im Staate zu bewegen, über besagten Gesetzesvorschlag zu befinden. Desweiteren wurde in großen Zügen festgelegt, wie dabei zu verfahren sei und wie vorgegangen werden sollte. An dieser Sitzung nahm ebenfalls unser Rechtsbeistand, Jean Gremling teil. Es wurde ebenfalls beschlossen dem Sohn des inzwischen verstorbenen Kameraden Norbert Jungbluth die Schreibearbeiten des Vorstandes anzuvertrauen.

Am 5. März 1976 veranstaltete die Sektion Junglinster einen kameradschaftlichen Abend, an dem 3 Mitglieder des Zentralvorstandes teilnahmen.

Eine Unterredung mit dem Minister der «Affaires culturelles», Hr. Robert Krieps, fand am 10. März 1976 statt. Daran waren sechs Mitglieder des Zentralvorstandes beteiligt. In dieser Unterredung, welche auf Wunsch des Herrn Ministers stattfand, ging es in der Hauptsache um die auf Tonband aufzunehmenden Zeugenaussagen, die in einer ersten Phase vertraulich zu behandeln wären und später für die offizielle luxemburgische Geschichtsschreibung verwandt werden sollten. Bekanntlich hatte unsere Vereinigung sich nicht gegen das Prinzip, sondern gegen die Art und Weise gewandt, wie diese Tonbandaufnahmen aufgenommen werden sollten. Nachdem dem H. Minister unsere Bedenken vorgebracht worden waren, erklärte er sich mit unserem Standpunkt einverstanden und

machte ganz präzise Zusicherungen, und zwar so, daß mit den auf Band gesprochenen Texten kein Unfug getrieben werden kann. Nicht geklärt wurde, wie die jeweiligen Aussagen der einzelnen Personen auf ihre Richtigkeit zu untersuchen wären. Hier handelt es sich um eine äußerst wichtige Angelegenheit, die noch zu klären bleibt.

In der außergewöhnlichen Generalversammlung der «Fédération des Victimes du Nazisme, enrôlées de force» vom 11. März 1976 wurde die am 9. Januar d. J. vorgeschlagene Statutenänderung gutgeheißen und einstimmig angenommen.

An der Generalversammlung der Sektion Düdelingen nahmen am 20. März 1976 drei Mitglieder des Zentralvorstandes teil.

Am 25. März d. J. fand eine Arbeitssitzung des Föderationsvorstandes statt.

Dann wurden, kurz aufeinander folgend, fünf Generalversammlungen der Sektionen abgehalten. So am 25. März in Sassenheim-Beles, 2 Vertreter des Zentralvorstandes; am 27. März in Walferdingen, 3 Vertreter des Zentralvorstandes; am 2. April in Esch-Alzette, 5 Vertreter des Zentralvorstandes; am 9. April in Luxemburg, 3 Vertreter des Zentralvorstandes und am 9. April in Kayl/Tetingen, 2 Vertreter des Zentralvorstandes.

Am 14. April fand eine Föderationssitzung statt. Gegenstand der Diskussionen waren: das Herausgeben des Buches «Die geopfert Generation», die «Promenade surprise» in Niederkorn, die Petitionsaktion, der Nationalkongreß der «Association des E.F.V.N.» in Rodange und schließlich das Festlegen eines provisorischen Programms gelegentlich des Besuches des polnischen Staatsanwaltes, Herrn Mnichowsky, welcher vom 20. bis zum 29. Mai auf Einladung der Zwangsrekrutierten in Luxemburg weilte.

Am 6. Mai tagte die für die Verleihung der «Rubans en or et en argent» zuständige Kommission. Die von diesem Gremium vorgeschlagenen drei «Rubans en or» und 33 «Rubans en argent» wurden vom Zentralvorstande angenommen. Sie werden gelegentlich des Kongresses in Rodange an die verdienstvollen Kameraden verteilt werden.

An den Tagen vom 28. und 29. April arbeiteten jeweils zwei resp. drei Mitglieder des Vorstandes in der Druckerei HERMANN. Sie halfen beim Versandt einer ersten Serie von Petitionslisten, welche vorerst an alle Abonnenten des Bulletin «Les Sacrifiés» verschickt wurden. Neben den Mitgliedern des Zentralvorstandes halfen freiwillig auch noch Fr. Yvonne Molitor, Raymond Hermann, Herr und Frau Reiser und Marco Jungbluth.

An einer Feier, während welcher der Autor mehrerer historischer Bücher, Henri Koch-Kent geehrt und gefeiert wurde, nahmen am 2. Mai 1976 zwei Vertreter des Zentralvorstandes teil.

An den Einweihungsfeierlichkeiten des «Monument aux Morts» in Hamm nahmen am 2. Mai 1976 fünf Mitglieder des Zentralvorstandes teil. Die Festrede hielt Nationalpräsident Jos. Weirich.

Am 4. Mai 1976 wurde eine Pressekonferenz im Restaurant «COMMERCE», gelegen auf der Place d'Armes in Luxemburg, abgehalten. Die Presse wurde bei dieser Gelegenheit über die inzwischen auf nationaler Basis angelaufene Petitionsaktion unterrichtet.

Am selben 4. Mai 1976 haben auch noch zwei Mitglieder des Zentralvorstandes sich nach Rodange begeben, um mit den Kameraden des dortigen Sektionsvorstandes über die Organisation des dort stattfindenden Nationalkongresses zu beraten, resp. sie in ihren Bemühungen zu unterstützen.

In der Generalversammlung der Sektion Redingen-Ell-Beckerich sprachen am 8. Mai 1976 zwei Vertreter des Zentralvorstandes. Am gleichen Tag beteiligten sich dann auch noch zwei weitere Vorstandsmitglieder an der «Journée commémorative», welche die Sektion in Oberkorn organisierte. Tags darauf waren dann nochmal fünf dem Zentralvorstand angehörende Personen in Oberkorn. Die dortigen Gedenkfeiern finden an zwei aufeinander folgenden Tagen statt.

Umstände halber fand am 10. Mai 1976 die Revision der Kasse der Assoziation in Rodange und nicht in Luxemburg statt.

Am 11. Mai begaben sich dann bereits wieder 2 Kameraden des Zentralvorstandes nach Rodange um die letzten Vorbereitungen zum Kongreß zu treffen.

Die Oktavmesse für die gefallenen, vermißten und nach dem Krieg verstorbenen Zwangsrekrutierten beiderlei Geschlechts wurde am 13. Mai in der Kathedrale gefeiert. Wie in all den Vorjahren wurde die Messe durch das gesangliche Können des Monnericher Kinderchors, unter der Leitung von Kern Krein, verschönert.

Noch am gleichen 13. Mai trat der Zentralvorstand zu einer Sitzung zusammen um über das Programm des Kongresses zu beraten.

Drei Tage später, am 16. Mai 1976 war dann der Nationalkongreß der «Association des E.F.V.N.» in Rodange. Weil mustergültig vorbereitet, verlief, vom Morgen bis zum Abend, alles wie am Schnürchen. Nachträglich dankt der Redner den Kameraden aus Rodange für die viele Mühe, die sie sich gaben, und für die Sorgfalt mit der die Landesdelegierten behandelt wurden. Wie in den vorangegangenen Jahren war der Kongreß in zwei Teile aufgeteilt. Am Morgen fand eine akademische Sitzung statt, im Verlauf welcher die Professoren Krier und Kam. Jemp Hamilius bemerkenswerte Vorträge hielten. Dann war es der Empfang durch die städtischen Autoritäten mit der Verleihung der verschiedenen «Rubans en or et en argent». Am Nachmittag fand dann die eigentliche Generalversammlung der Assoziation statt.

Am 20. Mai 1976 traf Staatsanwalt P. Mnichowsky aus Polen kommend in Luxemburg ein. Zu seinem Empfang hatten sich zwei Delegierte des Zentralvorstandes nach Wasserbillig begeben.

Während des 21. Mai war Herr Mnichowsky zu Gast bei unserem Nationalpräsidenten Jos. Weirich.

Am 21. Mai wurde Herr Mnichowsky den Mitgliedern des Zentralvorstandes vorgestellt. Dies geschah in den Räumen des I.N.S. auf Fetschenhof. Bei dieser Gelegenheit wurde zum ersten Male der Film über das schreckliche Verbrechen vorgeführt, das die SS in der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 1945 an den Insassen des Gefängnisses von Sonnenburg vollbrachten. Es handelt sich um schreckliche Szenen, welche von der russischen Armee nur zwei Tage später, u. z. bei deren Einmarsch in Sonnenburg aufgenommen wurden. Den Saal des I.N.S. hatten bereitwillig Camille Polfer und Ady Steil zur Verfügung gestellt. Besagter Film, welcher dort von Kam. Robert Clees, ebenfalls ein Zwangsrekrutierter, vorgeführt wurde, wurde der Assoziation von Herrn Mnichowsky geschenkt.

Am 22. Mai fand eine kurze Feier am «Kanounhiwel» vor dem «Monument National» statt, im Verlauf welcher Herr Mnichowsky Blumen vor der ewigen Flamme niederlegte. Nachdem der Gast sich ins Goldene Buch der «Fédération des V.N.E.F.» eingetragen hatte, wurde er zu einer Besichtigung durch die Altstadt und über die «Corniche» geleitet. Um 11 Uhr war es dann ein offizieller Empfang im Stadthaus, wo er von Bürgermeister Mme Colette Flesch begrüßt wurde. Um 15 Uhr eine Minute des Gedenkens am Hinzerter Kreuz und anschließend wollte der Gast das Grab des Wilhelm Vogt, alias Hauptmann von Koepenick, auf dem Liebfrauen-Friedhof sehen. Kuriositätshalber sei erwähnt, daß Herr Mnichowsky in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt bei den endlosen Ermittlungen über die Nazi-Verbrechen, auf Unterlagen stieß, aus denen hervorgeht, daß der sogenannte Hauptmann von Koepenick seinerzeit im Gefängnis von Sonnenburg inhaftiert gewesen war. Am selben Tag wurde der Gast von den Mitgliedern des Zentralvorstandes zum «Monument de la Déportation Civile et Militaire» am Bahnhof Hollerich begleitet, zum deutschen Soldaten-Friedhof in Sandweiler und zum amerikanischen Friedhof in Hamm.

Eine Besichtigung des Nordens unseres Landes fand am 23. Mai statt. Stationen waren Wiltz, Clerf und Vianden.

Am 25. Mai wurde Herr Mnichowsky von den beiden Ministern Robert Krieps und Emile Krieps empfangen. Die dort geführten Gespräche fanden in einer herzlichen Atmosphäre statt. Sie waren sehr aufschlußreich und nützlich. Am Abend wurde der Film über das Massaker von Sonnenburg der Presse und der Öffentlichkeit vorgeführt. Es wurde gleichzeitig ein Film über die erste Wallfahrt zu den Gräbern der 90 in

Sonnenburg begrabenen Opfer nazistischer Barbarei, alles Zwangsrekrutierte, gezeigt.

Auf Einladung des Vorstandsmitgliedes Bernard Jacob weilte Herr Mnichowsky am 27. Mai in Niederkorn. Freund Jacob führte seinen Gast durch die Anlagen der Differdinger Schmelz. Um 20 Uhr fand eine offizielle Reception des polnischen Gastes in den Räumen der «Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945» statt. Der Vorstand dieser der «Fédération des V.N.E.F.» angegliederten Vereinigung, offerierte das Abendessen.

Am 27. Mai war Herr Mnichowsky zu Gast bei der Sektion Junglinster, wo er an deren Jahresausflug teilnahm, welcher mit einer Schifffahrt auf der Mosel verbunden war, und somit ihm Gelegenheit geboten war, auch diesen Teil unseres Landes zu sehen.

Am 28. Mai empfing der polnische Staatsanwalt eine Delegation der Hinterbliebenen belgischer Opfer des Sonnenburger Massakers.

Letzte Station des Aufenthaltes von Herrn Mnichowsky war Esch-Alzette, u. z. am 29. Mai. Dort wurden am «Monument aux Morts» Blumen niedergelegt und anschließend fand unter der Leitung von Ed. Barbel eine Besichtigung des «Musée de la Résistance» statt. Danach war es der offizielle Empfang durch die Stadtverwaltung, an deren Spitze Bürgermeister Useldinger. Nach einem Abschiedsessen fuhr der polnische Gast nach Hause. Als Andenken an seinen Besuch in Luxemburg war Herrn Mnichowsky ein Tischcouvert «Vieux Luxembourg» von der «Fédération des V.N.E.F.» geschenkt worden.

Diesen Teil seines Berichtes möchte er nicht abschließen, so meinte Jempy Bolmer, ohne die Dienste und Verdienste von Herrn und Madame André Hohengarten gebührend hervorgestrichen zu haben. Während seines Aufenthaltes war Herr Mnichowsky die ganze Zeit über bei ihnen logiert. Er strich dann besonders die Tatsache hervor, daß es für Hr. A. Hohengarten eine anstrengende Woche gewesen sein muß, weil er überall als Dolmetscher tätig war. Es sei denn auch nur Dank des Herrn Hohengarten, daß die Kontakte mit Polen wie auch mit Herrn Mnichowsky zustande gekommen sind. Ihm sei der Dank der Zwangsrekrutierten gewiß.

Im Vorangegangenen sei er auf Einzelheiten eingegangen, sagte J.-P. Bolmer. Es sei das absichtlich geschehen, um hervorstreichend, welche Wichtigkeit man im Zentralvorstande den bestehenden Kontakten in und mit Polen, wegen der Gräber in Slonsk, beimißt. Um die Instandsetzung der Gräber unserer Kameraden, die auf dem Sonnenburger Friedhof begraben sind, vorantreiben zu können, ist eine Person wie Herr Mnichowsky von bedeutender Wichtigkeit. Er ist mit allen polnischen Gepflogenheiten, sei das auf höchster oder auf niedrigster Ebene, bestens vertraut. Wir sind auf den Rat eines Mannes seines Schlages angewiesen. Ohne seine Hilfe wäre es uns nicht möglich unser Vorhaben zu verwirklichen. Slonsk liegt nun ein-

mal nicht um die nächste Ecke. Und die Erfahrung hat gezeigt, daß es nur langsam oder gar nur mühselig vorangeht mit der Renovierung besagten Friedhofes. Dies wird nur erreicht werden können, wenn wir beharrlich und zäh unserem Ziel entgegenarbeiten. Soviel über dieses Thema.

Der Föderationsvorstand ist dann wiederum am 10. Juni zusammen.

Zum fünften Mal fand eine Verteilung von «Médailles de la Reconnaissance Nationale» statt. Am 19. Juni wurden sie im Transportministerium von Staatsminister Gaston Thorn den einzelnen in Frage kommenden Sektionsvorständen überreicht.

In Niederkorn war es am 27. Juni die bereits nach kurzer Zeit zur Tradition gewordene «Promenade surprise». Beinahe vollzählig nahmen die Mitglieder des Zentralvorstandes an dieser sehr erholsamen Betätigung teil. Uebrigens, und das sei hier hervorgehoben, war diese Wanderung nicht nur gut organisiert, sondern das Wetter hatte es ein wenig zu gut mit den Niederkorner gemeint.

Am 30. Juni fand eine Arbeitssitzung des Zentralvorstandes statt.

Ein Vertreter des Zentralvorstandes nahm am 11. Juli an der «Journée commémorative» in Grevenmacher teil.

Nach einem Monat Pause, trat dann der Föderationsvorstand am 12. August zusammen. Eine Zwischenbilanz der auf vollen Touren sich befindenden Petitionsaktion ergab, daß zu jenem Zeitpunkt bereits 26.000 Unterschriften gesammelt worden waren. Es wurde dann weiter die Organisation der «Journée commémorative nationale» mit den Vertretern der hauptstädtischen Sektion der Zwangsrekrutierten durchdiskutiert.

Am 2. September fand im Sitz des Zentralvorstandes eine Arbeitssitzung statt. Daran nahmen neun Vorstandsmitglieder teil.

Der Vorstand der Föderation tagte dann wieder am 9. September 1976. Es wurde beschlossen eine außergewöhnliche Generalversammlung der Delegierten für den 25. September einzuberufen. Abgehalten werden sollte sie in Walferdingen. Wegen der Wichtigkeit der in dieser Versammlung zur Sprache kommenden Angelegenheiten, wurde beschlossen, ebenfalls die Delegierten der verschiedenen Landessektionen der Zwangsrekrutierten dorthin einzuladen.

Am 14. September wurde im Hôtel Europe in Luxemburg der Presse unser Buch «Die geopfert Generation» vorgelegt. Erläuterungen darüber gab der Autor des Buches, Kamerad Francis Steffen.

Die letztjährige «Journée commémorative nationale des enrôlés de force» fand am 19. September in Luxemburg statt. Für die Organisation zeichnete die hauptstädtische Sektion verantwortlich. Bei schönem Wetter war die Beteiligung recht beachtlich.

Am 25. September fand die vorerwähnte außergewöhnliche Generalversammlung in Walferdingen statt. In der Hauptsache wurden verschiedene Fragen organisatorischer Art ausgiebig behandelt. Daneben wurde über Mittel und Wege beraten, wie die Petitionsaktion voranzutreiben sei. Die Landesdelegierten wurden angewiesen, in ihren jeweiligen Sektionen die restlichen Listen mit Unterschriften einzusammeln und sie so rasch wie möglich an die Zentrale zu schicken. Nachträglich wurde festgestellt, daß die an der Generalversammlung teilnehmenden Kameraden sich ihres Auftrages glänzend entledigt hatten. Nicht weniger als 8.000 Unterschriften wurden eingesandt.

Gelegentlich der Ueberreichung von «Médailles de la reconnaissance nationale» waren drei Vertreter des Zentralvorstandes am 9. Oktober in Rümelingen zugegen.

Ein Mitglied des Zentralvorstandes nahm an der feierlichen Ueberreichung von «Médailles de la reconnaissance nationale» am 10. Oktober in Mamer teil. Dies geschah im Rahmen der dortigen, lokalen «Journée commémorative».

Am gleichen 10. Oktober hatte die Sektion Düdelingen eine Feier veranstaltet, in deren Verlauf mehrere «Médailles de la reconnaissance nationale» an verdienstvolle französische Staatsbürger übergeben wurden. Das gleiche geschah in Kayl.

Der 10. Oktober 1976 war ein besonders anstrengender Tag für die Mitglieder des Zentralvorstandes. Vier seiner Mitglieder waren in Beckerich, wo ein «Monument aux Morts» eingeweiht und 30 «Médailles de la reconnaissance nationale» an verdienstvolle Personen belgischer Nationalität, die ihren Wohnsitz im nahen Grenzgebiet haben, verliehen wurden. Organisation der beiden Feiern oblag den Kameraden der Sektion Redingen-Attert. Bei der Feier des nationalen Gedenktages in Luxemburg-Stadt beteiligten sich die Kameraden der hauptstädtischen Sektion. Zwei Mitglieder des Zentralvorstandes waren in Niederkerschen dabei, als dort verschiedene Personen mit der «Médaille de la reconnaissance nationale» ausgezeichnet wurden. Vier weitere waren in Hesperingen dabei, wo ähnliche Zeremonien stattfanden. Wiederum zwei andere waren dann in Monnerich, wo ebenfalls mehrere Personen dieselbe Auszeichnung erhielten. Am Abend hielten die Monnericher Kameraden ihre Generalversammlung. Bei dieser Gelegenheit wurden dem Dirigenten des Monnericher Kinderchors, Herrn Krein, ein Zinnteller vom Zentralvorstand überreicht. Mit einer Widmung versehen, soll dieses Geschenkobjekt den Dank der Zwangsrekrutierten an Herrn Krein zum Ausdruck bringen.

An den Tagen des 13., 14., 21. und 25. Oktober 1976 finden jeweils Arbeitssitzungen statt. Dabei wird beinahe die gesamte erste Auflage des Buches «Die Geopferte Generation» an die verschiedenen Besteller versandt.

Für den 23. Oktober hatten die Kameraden der Sektion Ettelbrück zu ihrer Generalversamm-

lung eingeladen. Aus Versehen war dieses Datum vom Zentralvorstande übersehen worden. So was soll künftig nicht mehr vorkommen, versprach der Redner und entschuldigte die Mitglieder des Zentralvorstandes bei den Kameraden aus Ettelbrück.

Aus der Sitzung des Vorstandes der Föderation vom 28. Oktober sei an Besonderem festzuhalten, daß die Kameraden der Escher Sektion eine schriftliche Ermächtigung ihres Bürgermeisters, Herrn Arthur Useldinger, vorlegten, um im Escher «Musée de la Résistance» eine Urne mit Aschen aus Sonnenburg, dem heutigen Slonsk aufzustellen. Dank unserer guten Relationen in und mit Polen, dürfte das keine Schwierigkeit sein. Wenn es nun doch solche gibt, so ist das die Folge der vom C.N.R. ausgehenden Opposition. Darüber weitere Worte zu verlieren, ist müßig. — In derselben Sitzung teilte die hauptstädtische Sektion mit, daß Kamerad André Frisch deren Vorsitz übernommen hat.

Drei Mitglieder des Zentralvorstandes waren am 31. Oktober 1976 in Perl zugegen, als dort ein «Monument aux Morts» eingeweiht wurde. Bei dieser Gelegenheit hielt Abbé Grethen von Perl eine religiöse Feier, die für alle zu einem ungewöhnlichen Erlebnis wurde, die daran teilnahmen. Nach der offiziellen Feier nahmen die Delegierten des Zentralvorstandes Kontakt auf mit den Kameraden aus Perl und Umgebung zwecks Wiederbelebung der Sektion Rambruch.

Den Zentralvorstand vertrat eine Delegation der hauptstädtischen Sektion am 1. November bei der offiziellen Blumenniederlegung vor dem «Monument National» durch die Regierung und das diplomatische Corps.

Am 6. November fand die alljährliche «Journée» der «Amicale des Anciens de Tambow» statt. Vom Zentralvorstand beteiligten sich daran zwei Vertreter.

Und wiederum zwei Mitglieder des Zentralvorstandes nahmen am 7. November an der lokalen «Journée commémorative» der Zwangsrekrutierten in Hesperingen teil.

Am 8. November legte die auf Staatsvisite sich befindende Queen Elisabeth von England Blumen am Nationaldenkmal nieder. An dieser Feier nahmen zwei Mitglieder des Zentralvorstandes teil.

Vertreten war dann der Zentralvorstand durch Ernest Steichen bei der Erinnerungsfeier vom 11. November. Vor 58 Jahren ging an jenem denkwürdigen Tag der Erste Weltkrieg zu Ende.

Die Diekircher Kameraden hielten ihre lokale «Journée commémorative» gekoppelt mit der Generalversammlung am 14. November ab. Vom Zentralvorstand waren zwei Personen anwesend.

Zu einer routinemäßigen Sitzung trat der Föderationsvorstand am 18. November zusammen.

Die Königin von Dänemark legte am 22. November Blumen vor dem Nationalen Denkmal nieder. Bei dieser Feier war die Fahne der

hauptstädtischen Sektion und Präsident Jos. Weirich anwesend.

Am 25. November wurde im Atelier Philippe Schneider in Präsenz des Regierungsrates Petit ein Film vorgeführt, welcher bei Gelegenheit der Einweihung des Nationalen Denkmals gedreht wurde. Vom Zentralvorstand waren 8 Personen bei dieser Vorführung anwesend.

In der Frühe des 26. November starb unerwartet Zentralvorstandsmitglied Norbert Jungbluth aus Walferdingen. Am selben Tag wurde Kamerad François Infalt aus Diekirch beige-
setzt. Er war Träger des «Ruban en or» der Assoziation.

Die Kameraden der Sektion Niederkorn zeigten am 27. November einen Film, welcher gelegentlich der dortigen «Promenade surprise» gedreht wurde.

Am 29. November begleiteten wir unseren unvergeßlichen Kameraden Norbert Jungbluth auf seinem letzten Weg. Obschon sein Begräbnis in aller Stille stattfinden sollte, war doch der ganze Zentralvorstand zugegen, wie ebenfalls von überall starke Abordnungen aus den Landessektionen erschienen waren.

Eine Arbeitssitzung fand am 4. Dezember in Walferdingen statt.

In der Sitzung des Föderationsvorstandes vom 9. Dezember 1976 wurde die Abwesenheit des am 26. November verstorbenen Mitgliedes Norbert Jungbluth besonders stark empfunden. Nicht nur der gute Kamerad wurde empfindlich vermißt, sondern auch eine treibende Kraft war nicht mehr vorhanden. Bis dahin hatte Norbert Jungbluth das Klassieren der zahlreichen Petitionslisten besorgt. Diese Arbeit wurde nun Emile Olsem übertragen. — Es wurde beschlossen eine zweite Auflage des Buches «Die geopferte Generation» herauszugeben. — Es wurde dann auch entschieden, was mit dem Rest der Gelder des sogenannten «Fonds Heinemann» zu geschehen habe. Bis zu anderer Verwendung soll das Geld in Reserve gehalten werden. Der größte Teil der Spenden, welche auf diesen Fonds versiert worden waren, diene zur Dekkung der Unkosten jener Kampagne gegen die westdeutsche Staatsvisite. Wäre der Bundespräsident nicht nach Luxemburg gekommen, oder hätte er die wegen der Zwangseinziehung zwischen der B.R.D. und Luxemburg anhängige Streitsache bereinigt, wären die Gelder zur Schaffung einer Studienbörse angelegt worden. Doch der Staatspräsident kam nach Luxemburg und nichts wurde geregelt. Die Zwangsrekrutierten manifestierten in Schnee und eisiger Kälte. Mit den übriggebliebenen 25.000 Franken wäre es sinnlos eine Studienbörse schaffen zu wollen.

Am 11. Dezember wohnte ein Mitglied des Zentralvorstandes der Generalversammlung der «Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945» bei. Drei andere Vorstandsmitglieder waren in der Generalversammlung der Sektion Junglinster zugegen, derweil vier weitere sich an dem Tag nach Ram-

bruch begeben hatten, wo die dortige Sektion neugegründet und eine erste Generalversammlung abgehalten wurde.

Zu einem Arbeitessen hatten die Kameraden der Sektion Niederkorn am 18. Dezember eingeladen.

In Dülelingen fand die dortige, alljährliche Gedächtnismesse mit einem Dépôt von Blumen vor dem Totenmal am 26. Dezember statt. Daran nahmen fünf Kameraden des Zentralvorstandes teil.

Man könne nicht behaupten, meinte Jempy Bolmer, die Tätigkeit der Mitglieder des Zentralvorstandes sei eine beschränkte oder etwa eine geringfügige. Wenn man, wie er es getan hat, die vorgenannten Zahlen und Daten einmal näher besieht, dann sagen sie uns mancherlei.

Im Jahre 1976 arbeiteten praktisch vierzehn Mitglieder im Zentralvorstand. Im Tätigkeitsbericht sind 96 einzelne und verschiedenartige Begebenheiten angegeben. An ihnen nahmen 482 Personen des Zentralvorstandes teil, im Schnitt jeweils fünf zu gleicher Zeit. Gerechnet auf die 366 Tage des Schaltjahres 1976, befand sich pro Tag 1 1/3 der Mitglieder des Zentralvorstandes im Einsatz.

Vollständigkeitshalber müßte er noch hinzufügen, sagte der Redner, daß die drei Zentralvorstandsmitglieder Jos. Weirich, J. Hames und B. Jacob den weitaus größten Teil des zu erledigenden Pensums bewältigen. Ohne dieses Dreigespann wäre es nicht möglich die große Organisation der Zwangsrekrutierten funktionsfähig zu halten. Es sollte denn auch niemand allzu streng mit den Kameraden des Zentralvorstandes zu Gericht gehen, wenn hie und da eine Kleinigkeit daneben ging. Wie soeben gesehen, muß ständig sehr viel Arbeit geleistet werden. Und diese verrichten die Kameraden uneigennützig in ihrer Freizeit, ja sogar manche ihrer Urlaubstage und Feiertage gehen dabei drauf.

Wenn bestimmte Leute uns vorhalten: «et géing ons nëmmen em d'Mönz», dann sei dieses, sowieso, faules Argument schon allein durch die enorme Aktivität der Kameraden des Zentralvorstandes glatt widerlegt. Und keiner wird für seine Arbeit bezahlt. So viel Idealismus in unserem Alter zu haben, mag vielen unwahrscheinlich vorkommen, es ist dennoch eine simple Tatsache, die reine Wahrheit.

Und, so fuhr der Redner fort, es solle niemand annehmen, ein Weirich, ein Hames oder ein Jacob hätten das Rechnen nicht gelernt. Oder ist jemand im Saal, der glaubt, gerade diese Kameraden könnten kein Geld verdienen oder zumindest eine schöne Summe sparen, wenn sie nur zu Hause bleiben? — fragte J.P. Bolmer die Versammelten, um anschließend auf den vakanten Posten im Zentralvorstande hinzuweisen. Wer daran Interesse habe, wer sich einen Vorwand verschaffen möchte, um auch mal von zu Hause fortzukommen, der soll sich melden, wenn es nachher um das Besetzen des offenen Postens geht.

Seine langen Ausführungen abschließend, sagte Jempy Bolmer, der in seiner zu großen Bescheidenheit seine Tätigkeit verschwiegen hatte, wir Zwangsrekrutierten seien nun einmal die Gezeichneten der Nation und das in mancherlei Hinsichten. Im Krieg und auch nach dem Krieg sei unsere Generation geopfert worden. Zusätzlich habe man dann auch noch versucht unseren guten Ruf zu nehmen. Aber gerade das lassen wir uns nicht gefallen. Wir setzen uns zur Wehr, wie wir ebenfalls dafür Sorge getragen werden, später sauber vor dem geschichtlichen Hintergrund zu stehen. Aus diesen und anderen Gründen sagen wir heute lauter als zuvor:

«Mir gin eis nët!».

Für seine Ausführungen wurde Jempy Bolmer mit nicht enden wollendem Applaus bedacht.

Jos. Weirich dankte Jempy Bolmer für seinen ausführlichen Bericht. Er sei nicht nur sorgfältig und genau in seinen Ausführungen gewesen, sondern er habe mit interessanten Details aufgewartet, wie er auch durch manche kurzen, mitunter humoristisch wirkenden Kommentaren seinen Vortrag aufgelockert habe. Jempy Bolmer habe es ohne Zweifel fertiggebracht, und das sei sein persönlicher Verdienst, den Kongressisten auf interessante Art und Weise einen langen Tätigkeitsbericht vorzutragen. Für gewöhnlich ist gerade dieser Teil einer Generalversammlung einer der trockensten, um nicht zu sagen der, der am meisten langweilt.

Wenn nun doch einer seiner Zuhörer glauben sollte, der Bericht sei zu lang gewesen, so könne man dem dadurch abhelfen, indem der Vorstand der Assoziation im kommenden Jahr ein langsames Arbeitstempo auflegt. Dementsprechend kürzer würde dann nächstes Jahr der Tätigkeitsbericht ausfallen.

Kassenbericht

Dann war es am Generalkassierer Emile Noel, der seinen Jahresbericht vorlegte. Ueber die Finanzen, über die Einnahmen und Ausgaben der Assoziation im Jahr 1976 wußte er gar manches zu sagen. Es wäre beinahe eine Zumutung an unsere Leser, würden wir das ganze Zahlenmaterial, mit dem der Kassierer aufwartete, hier wiedergeben. Halten wir lediglich fest, daß das Jahr 1976 mit einem Ueberschuß an Einnahmen von nicht gerade 33.000 Franken abgeschlossen werden konnte. Die Finanzen unserer Organisation sind gesund. Bedenkt man daß das in Krisenzeiten der Fall ist, daß wir keine Schulden haben, so ist das nicht nur sehr beachtlich, sondern es zeugt vom Sparsinn der Mitglieder des Zentralvorstandes, ein Sparsinn, der — und das muß zur Ehre des Kassenverwalters, dem Kameraden Emile Noel gesagt werden —, bei ihm am ausgeprägtesten ist. Seinem Scharfsinn und seiner Wachsamkeit verdankt die Assoziation die gesunde finanzielle Bilanz.

Dem Bericht der Kassenrevisoren zufolge stimmen die Konten des Generalkassierers. Sie bitten die Versammlung ihm ehrenvolle Entlastung zu geben. Dieser Aufforderung kamen die Landesdelegierten nach und gewährten dem Kassierer unter starkem Applaus Entlastung.

Zu Kassenrevisoren für das Jahr 1977 wurden bestimmt: Madame M. Ginter, die Kameraden Michel Schmitz, Henri Grethen und Marcel Thommes.

Bericht zur Lage

Wenn wir bis zum gegebenen Zeitpunkt eine Reihe der uns gesteckten Ziele erreicht haben, und das ist nicht wenig, dann ist das nur möglich gewesen, weil die Zwangsrekrutierten tatsächlich exemplarisch zusammengehalten haben, und weil eine lange Reihe Kameraden unserer Organisation eine mehr oder weniger starke Aktivität entwickelte, sagte Jos. Weirich zu Beginn seiner Ausführungen.

Möchten wir auch noch das Endziel erreichen, so fuhr er fort, das wir uns gesteckt haben — man kann auch sagen, ohne dabei etwas Falsches oder etwas Uebertriebenes zu verbreiten —, ein Zielpunkt, den andere, nicht zu den Zwangsrekrutierten gehörende Personkreise diesen aufzuzwingen haben, dann genügt es nicht, daß der Zentralvorstand, d. h. dessen Mitglieder sich laufend abrackern, sich in die Stränge werfen, sondern diese uneigenützigen Kameraden müssen mit der Unterstützung aller organisierten Mitglieder, und umso mehr mit der tatkräftigen Hilfe der Landesdelegierten rechnen dürfen.

Dabei gilt es allem voran nachaußen unsere Stärke zu demonstrieren, so beweisend, daß die Zwangsrekrutierten heute, wie zu allen Zeiten fest zusammenstehen und gewillt sind ihre Forderungen nach Recht, Gerechtigkeit und besonders nach Gleichberechtigung durchzusetzen.

Solidarität beweisen . . .

Um diese Geschlossenheit, wie ebenfalls konsequente Entschlossenheit unter Beweis zu stellen, sind uns einige, wenn auch nur sehr wenige Gelegenheiten gegeben. So zum Beispiel, die Beteiligung an der Messe, die jedes Jahr während der Muttergottesoktave in der Kathedrale von Luxemburg für die gefallenen und vermißten Söhne und Töchter der Heimat gehalten wird. Jeder Zwangsrekrutierte sollte sich bewußt sein, daß auch bei dieser Gelegenheit der Blick der Öffentlichkeit auf die Ueberlebenden der geopferten Generation gerichtet ist. Die Verantwortlichen unserer Organisation hat es sehr gefreut, als sie gelegentlich der diesjährigen Oktavmesse feststellen konnten, daß für einmal wieder mehr Sektionsfahnen und sehr viele Mitglieder anwesend waren.

Der Nationalpräsident bedankt sich und appelliert an die Delegierten der Sektionen, auch im nächsten Jahr dafür zu sorgen, daß ihre

Fahnen wie ebenfalls ihre Mitglieder zum gleichen Anlaß erscheinen. Angesichts der zahlreichen Pensionierten müßte eine starke Beteiligung gesichert sein. Ihnen müßte es naturgemäß leichter und somit eher möglich sein, an der Oktavmesse teilzunehmen als den noch werktätigen Kameradinnen und Kameraden. Schon allein eine zahlenmäßig hohe Beteiligung daran wäre ein nicht zu verkennender Beweis, daß es keine leeren Worte sind, wenn gesagt wird, wir würden unseren unglücklichen Kameraden gedenken, sagte der Präsident.

Er bedankte sich alsdann ganz besonders beim Kameraden u. Geistlichen Joseph Schmit, der des Pfarrers und Kameraden Jean Bichler Nachfolge angetreten hat und fürderhin die Oktavmesse organisiert und hält. Jean Bichlers Gesundheitszustand ist besorgniserregend. Seine Sehkraft ist praktisch Null. Er kann sich nur noch sehr notdürftig fortbewegen. Jede Woche muß er an die künstliche Niere angeschlossen werden, und das während sieben Stunden. In der Tat, um Jean Bichler ist es schlecht bestellt. Alldem zum Trotz, hatte er darauf bestanden, an der Feier des Hochamtes in der Kathedrale zugegen zu sein. All diejenigen von uns, die dabei waren, konnten sich von dem soeben Gesagten überzeugen.

Es ist für uns alle erbauend und anspornend, wenn die Kameraden aus unseren Reihen, die Geistliche geworden sind, in ihrem kirchlichen Bereich beweisen, was Solidarität ist und was es heißt in allen Situationen zusammenzustehen. Allen geistlichen Kameraden, die alljährlich ihre Predigt in der Kathedrale halten, drückt der Präsident den Dank aller aus für ihre persönliche Initiative, die darin besteht, daß sie die Gelegenheit nützen um in treffender Art und Weise unser Problem zu erwähnen, so es allen wieder in Erinnerung rufend, falls sie es vergessen haben sollten. Dem Kameraden Joseph Schmit dankt der Präsident, weil er dem Zentralvorstand ein Exemplar seines Buches «Im Sog der roten Flut» geschenkt hat.

Einmal im Jahr

Eine andere Gelegenheit zum öffentlichen Auftritt ist die «Journée commémorative nationale des victimes du nazisme, enrôlées de force». Sie findet jedes Jahr im Herbst statt, — sagte der Präsident. Sie sei eigentlich eine einzigartige Gelegenheit. An ihr müßten die Zwangsrekrutierten sich unbedingt beteiligen. Er habe schon sehr oft in den verschiedenen Generalversammlungen der Sektionen gerade über die «Journée» gesprochen. Und er möchte das wiederholen, was er dort sagte, u. z., wenn die Zwangsrekrutierten nicht öffentlich, d. h. nach außen zeigen wie das Andenken an die vielen toten, jungen Luxemburger, unsere unglücklichen Kameraden, wachzuhalten ist, welche Ehre gerade sie verdient haben, dann kann von dem anderen Teil der Bevölkerung des Landes nicht erwartet werden, daß sie es an unserer Stelle tun, jetzt oder später. Es wird

einem jeden einleuchten, daß andere, die mit der Zwangsrekrutierung nichts zu tun hatten, sogar solche, die nur am Rande davon betroffen waren, das Andenken an die toten Helden wachhalten, ihrer in Ehrfurcht gedenken, oder mithelfen unsere Probleme zu lösen, wenn wir selbst noch nicht einmal im Jahr imstande sind auch nur einen Teil eines Nachmittags zu opfern um unserer Toten zu gedenken. Ein wie hiervor geschildertes Benehmen unsererseits, das führt uns unweigerlich in die Isolation. Das ist die Methode, mit der wir uns selbst ans Messer liefern!

Heute trauern wir um mehr als 5.000 (ihre Zahl nähert sich 6.000) tote Kameradinnen und Kameraden. Wenn nun aber nur 500 auf unserer «Journée» zugegen sind, dann, so scheint uns, sind 5.000 bis 5.500 Tote vergessen. Und der Präsident warnt, es werde der Tag kommen, vielleicht sei er gar nicht ferne, an dem man uns unser beschämendes Verhalten ankreiden wird. Eine, wie eben geschilderte Tatsache, schadet im höchsten Maße der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen nicht nur den Kameraden des Zentralvorstandes, sondern macht die Zwangsrekrutierten gemeinhin ungläubwürdig.

Nachdem der Präsident sich mit einem kaum noch erträglichen Uebel befaßt hatte, welches sich in den letzten Jahren besonders breit gemacht hat, sagte er, er sei sich bewußt, daß er vor solchen Kameraden spreche, die immer und überall dabei sind, wenn der Aufruf des Zentralvorstandes an sie ergehe. All diejenigen, die es betrifft, sind nicht hier anwesend. Aus diesem Grunde bittet er die Delegierten inständigst, keine Anstrengungen zu scheuen, und die Kameraden in den Sektionen durch direkten und persönlichen Kontakt an eine Pflicht zu erinnern, derer sie sich mit der Zeit glauben entledigt zu haben. Diese irriige Auffassung muß zerschlagen werden.

Unsere «Journée commémorative» ist zu einer Tradition geworden. Einjeder weiß, daß sie jedes Jahr im Herbst in der Hauptstadt stattfindet. Sogar der Tag, an dem sie abgehalten wird, ist viele Monate im Voraus bekannt. Ebenso das Programm. Sie beginnt am Bahnhof in Hollerich, dort wo dank des Initiativgeistes und des Arbeitseifers der Kameraden der hauptstädtischen Sektion der Zwangsrekrutierten, heute das nationale Monument der zivilen und militärischen Deportation steht

Es sei also, angesichts dieser Gegebenheiten, einem jeden Zwangsrekrutierten möglich, seine Zeit so einzuteilen, daß er an besagtem Nachmittag an der Gedenkfeier für die toten Leidensgefährten teilnehmen kann.

Frühzeitige Pension

Alsdann schneidet der Nationalpräsident einen sehr wichtigen Punkt an, der im späteren Verlauf der Tagung zur Diskussion gestellt wird. Und zwar handelt es sich um die vielen Schwierigkeiten, denen die Zwangsrekrutierten begeg-

nen, wenn sie sich gezwungen sehen, frühzeitig aus dem Berufsleben auszuschneiden. Hier geht es im Besonderen um ein Auslegen und um ein Ausführen der Bestimmungen des Gesetzes vom 26. März 1974, dem zufolge finanzielle Zuschüsse gewährt werden bei frühzeitiger Pensionierung.

Als besagtes Gesetz in der Ausarbeitung und in der Abgeordnetenkommission zum Votum stand, wurde vielerorts und vielerseits mit enormer Begeisterung darüber gesprochen. Uns sagte man: Mit diesem Gesetz wurde etwas Einzigartiges für die «Enrôlés» getan. Es hat sogar Leute gegeben, die uns sagten: Jetzt solltet ihr doch endlich zufrieden sein! Nun habt ihr alles erreicht!

Frühzeitige Pension.

Alsdann schneidet der Nationalpräsident einen sehr wichtigen Punkt an, der im späteren Verlauf der Tagung zur Diskussion gestellt wird. Und zwar handelt es sich um die vielen Schwierigkeiten, denen die Zwangsrekrutierten begegnen, wenn sie sich gezwungen sehen, frühzeitig aus dem Berufsleben auszuschneiden. Hier geht es im Besonderen um ein Auslegen und um ein Ausführen der Bestimmungen des Gesetzes vom 26. März 1974, dem zufolge finanzielle Zuschüsse gewährt werden bei frühzeitiger Pensionierung.

Als besagtes Gesetz in der Ausarbeitung und in der Abgeordnetenkommission zum Votum stand, wurde vielerorts und vielerseits mit enormer Begeisterung darüber gesprochen. Uns sagte man: Mit diesem Gesetz wurde etwas Einzigartiges für die «Enrôlés» getan. Es hat sogar Leute gegeben, die uns sagten: Jetzt solltet ihr doch endlich zufrieden sein! Nun habt ihr alles erreicht!

Aber schon sehr früh, noch bevor das Projekt zum Gesetz erhoben worden war, hat der Zentralvorstand auf mancherlei Mängel und Unzulänglichkeiten hingewiesen. Weil der Gesetzgeber, wenn auch die Grundidee des Zentralvorstandes anerkennend und berücksichtigend, doch allzu weit von dem Gesetzesprojekt abgewichen war, wie wir es vorgelegt hatten, war damit zu rechnen, und wir haben es oft und laut wiederholt, daß neue Ungerechtigkeiten und neue Diskriminierungen entstehen würden. Wie Recht wir damals hatten!

Anfänglich schien alles gut zu gehen. Tatsächlich gibt es eine Reihe der Unsrigen, deren Fälle, wie versprochen, großzügig behandelt wurden. Sie sind im Genuß ihrer Pension und profitieren von den Vorteilen, so wie sie das Gesetz vorsieht. Aber, leider . . . leider, gibt es viel zu viele Kameraden, die sehr schlecht weggekommen sind, ja sogar regelrecht benachteiligt sind.

Ohne in die Tiefe und in die Breite der sich nun stellenden Problematik eingehen zu wollen — dabei würde zuviel Zeit draufgehen —, möchte der Redner allgemein darauf hinwei-

sen, daß, wer krasse Fehler auf dem Prozedurweg zu seiner frühzeitigen Pensionierung begeht, sich bewußt sein muß, daß diese Fehler ihm sehr zum Nachteil werden können. In der jüngsten Vergangenheit haben wir allzu oft erfahren müssen, welch falsche Wege hier und dort eingeschlagen werden, daß so mancher sich aus Leichtfertigkeit in eine quasi aussichtslose Situation hinein manövrierte. Weiß man nicht mehr weder ein noch aus, ist man am absoluten Ende seines Lateins, dann, wenn der Karren tief im Sumpf sitzt, werden die Mitglieder der Sektionsvorstände und die des Zentralvorstandes um Rat und Hilfe angefleht. Meistens geschieht das dann zu einem Zeitpunkt wo nicht nur guter Rat teuer, sondern alles so verdorben ist, daß kaum, wenn überhaupt noch geholfen werden kann. Und die Enttäuschung ist dementsprechend groß.

Wir haben erfahren müssen, daß die so Betroffenen meist selbst Schuld an ihrer Misäre sind. Sie sind von geradezu sträflicher Nachlässigkeit und Bequemlichkeit, wobei dann auch noch eine kaum glaubliche Indifferenz ihnen zum Verhängnis wird. Viele hätten sich anders benommen, ihnen wär ganz sicher mancher kapitaler Fehler nicht unterlaufen, wenn sie dem Ruf ihrer Kameraden aus den Sektionsvorständen gefolgt und in die Generalversammlungen gegangen wären. Manche Witwe wäre heute auch besser dran, hätte ihr Mann sie mit dorthin genommen, wo ihnen allen das unbedingt erforderliche Wissen und die Verhaltensweisen beigebracht worden wären.

Es steht uns nicht an diesen in Not geratenen Kameradinnen und Kameraden Vorwürfe oder Vorhaltungen zu machen. Unsere Aufgabe ist es, einem jeden nach Möglichkeit zu helfen. Ganz gleich wie schwierig das auch manchmal sein mag. Diese Hilfe soll nicht nur allein vom Zentralvorstande erwartet werden können, sondern ebenfalls von den Delegierten und den Vorstandsmitglieder der Sektionen.

Dieserhalb möchte der Nationalpräsident den Kongressisten einige Tips geben. Frühzeitig pensioniert wird nur der Zwangsrekrutierte, der die im Gesetz vom 26. März 1974 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt. Er nimmt an, daß diese zur Genüge bekannt sind. Um von den Vorteilen dieses Gesetzes zu profitieren, muß man Invalide sein. Invalide ist der, dem eine 66 2/3-prozentige Arbeitsunfähigkeit anerkannt oder bescheinigt wird. Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, dann ist es sinnlos sich mit dem Gedanken einer frühzeitigen Pensionierung abzugeben. An Pensionszuschuß ist schon überhaupt nicht zu denken.

Irrige Auffassung

Wie oft hört man draußen in Gesprächen mit Kameraden, die planen und Ueberlegungen anstellen, merkwürdige Dinge, solche, die unserinem die Haare zu Berge stehen lassen. So zum Beispiel: Ich werde noch während einem Jahr arbeiten gehen. Dann nehme ich meine

Pension. Mir werden ja dann fünf Jahre zu meiner wirklichen Dienstzeit hinzugerechnet, weil ich zwangsrekrutiert war. Und das genügt mir vollauf!

Solcherlei Meinungen sind schrecklich! So etwas ist beinahe umwerfend! Nach all den vielen Aufklärungen, gerade was diese durchaus irrige Auffassung anbelangt, sollte man es kaum noch für möglich halten, daß so viele noch immer mit einer sogenannten «Bonifikation» von fünf Jahren rechnen, ja sich sogar beleidigt geben, wenn man ihnen widerspricht. Hier, so hat es wenigstens den Anschein, muß noch weit mehr aufklärend gewirkt werden als es bislang getan worden ist. Es muß Schluß gemacht werden mit dem Spuck dieser «gutzuschreibenden» fünf Jahren. Diese illusorische Vergütung von fünf Jahren gibt es überhaupt nicht. Und niemand wird je davon profitieren!

Hier haben wir es mit Mißverstandemem zu tun. So manche Kameraden verwechseln die Wirklichkeit mit Ge- und Erwünschtem. Tatsächlich hatten wir in unserem Gesetzesprojekt vorgesehen, daß allen, die unter bestimmten Arten des Naziterrors zu leiden hatten, eine Vergütung von fünf Jahren gewährt und bei Pensionsantritt zu der geleisteten, wirklichen und für die Pensionsberechnung herangezogene Arbeitszeit hinzugerechnet werden soll. Wäre dies zustandegekommen, es wäre, und davon sind wir heute wie damals felsenfest überzeugt, das Beste gewesen, was hätte getan werden können.

Aber leider, . . . leider wurde gerade das von der Regierung und dem Parlament abgelehnt. Zur Begründung ihrer Ablehnung führten sie «Knappheit an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt» an. Von all dem hiervor Gesagten, bleibt schlicht und einfach zu verhalten, daß niemand von einer Arbeitszeitvergütung profitieren wird, wenn er in den Ruhestand tritt, nicht einmal von einem Monat, geschweige denn von fünf Jahren. Hier ist es am Zentralvorstand, an den Landesdelegierten und an den Sektionsvorständen aufklärend zu wirken gegen eine derartige falsche Meinung, bei manchen sogar Ueberzeugung, damit sie ein für allemal zerstreut werden. Gelingt das nicht, dann werden manche Kameraden ein böses Erwachen haben.

Es blieb uns nur das Recht auf frühzeitige Pension im Fall einer 66 2/3-prozentigen Invalidität. Ohne sie ist gar nichts! Wofern jemandens Gesundheitszustand ihm das Arbeiten nicht mehr ermöglicht, geht er zu seinem Arzt und läßt sich dort untersuchen. Stellt dieser eine 66 2/3-prozentige Arbeitsunfähigkeit fest, wird er dem Patienten dies auch bescheinigen. Damit ist dann der Weg zur Beantragung der frühzeitigen Pension offen. Aber . . . ! !

Von nun an heißt es aufgepaßt. Das was ich soeben gesagt habe — so fuhr der Präsident fort —, ist bestenfalls nur der Beginn einer ganzen Prozedur, sowie sie bei jedem einzelnen Pensionsregime legal festgelegt ist.

Wir haben feststellen können, daß, wenn der Pensionsantragsteller sein ärztliches Attest in Händen hält, gleich eine ganze Reihe von Fehlern gemacht werden. Er verfällt der falschen Annahme, damit, daß er seinem Patron seine ärztliche Bescheinigung übergeben habe, sei alles in bester Ordnung und in der Folge würde sich alles von selbst regeln. Er darf zu Hause bleiben, bezieht sein Gehalt oder seinen Lohn als Krankengeld, er pflegt sich (versteht sich von selbst) und wartet, und wartet !

Die Monate vergehen und es geht zum Ende der 52 Wochen, während welcher das Krankengeld bezahlt wird. Unser Pensionskandidat wiegt sich in Sicherheit und freut sich, daß es ihm nun doch schon etwas besser geht als zuvor, als er sich Tag um Tag zur Arbeit schleppen mußte. Irgendwann hatte er sich in dieser Zeit zu einer kontrollärztlichen Untersuchung begeben müssen. Auch das war ohne Schmerzen vorbei gegangen. Was dabei heraus kam, ist ihm nicht bekannt; man hat es ihm nicht gesagt. Dann auf einmal, so gegen Ende der berühmten 52 Wochen, erhält er einen Bescheid seiner Pensionskasse, in dem ihm mitgeteilt wird, es sei festgestellt worden, daß angesichts seines derzeitigen Gesundheitszustandes eine frühzeitige Pensionierung für ihn nicht in Frage komme. Und der Invalide, wenigstens vor Monaten war er das, wird aufgefordert seinen Dienst wieder aufzunehmen. Sein Schreck ist nicht gering und, wie aus allen Wolken fallend, fragt er sich verzweifelt, was nun zu tun sei. Es wird ihm ungemütlich. Ueberall wendet er sich hin nach Rat fragend, nach Hilfe suchend. Schließlich hat er dann von jemanden den Tip bekommen und macht von seinem Rekursrecht Gebrauch. Er beantragt eine Revision seines Falles. So kommt dann seine «Sache» vor's Schiedsgericht. Er wird nochmals einer oder mehrerer ärztlicher Untersuchungen unterzogen und es wird festgestellt, daß an diesem Zeitpunkt seine Invalidität nur noch eine 50-, 40- oder 30-prozentige ist! Und damit ist alles aus. Er muß wieder zur Arbeit. Darob mag er vielleicht wütend werden, unzufrieden sein mit sich und der ganzen Welt, aber verspielt ist nicht gewonnen!

An Hand dieses Beispiels habe er darstellen wollen — sagte der Präsident —, wie es so manchem Zwangsrekrutierten ergangen ist. Das ist die rauhe Wirklichkeit. Aber hier drängen sich zwei Fragen auf:

- 1) Wieso sind solche starke Unterschiede in der Beurteilung und dem Erstellen des Invaliditätsgrades möglich? Ist der Arzt, der eines Menschen Gebrechen, Krankheiten, geringfügige wie gefährliche, Jahrzehnte hindurch verfolgte, ihn behandelte und die Rückentwicklung seines Gesundheitszustandes feststellte, etwa weniger in der Lage ein vollgültiges Urteil darüber abzugeben als irgend ein anderer? Und sollte es sich bei diesem um einen Spezialisten handeln!
- 2) Gibt es nicht etwa irgendwelche Instruktionen, die auf eine Bremse der frühzeitigen

Pensionierung hinauslaufen? Uns sind in letzter Zeit Indikationen zugegangen, die eindeutig in diese Richtung weisen. Obschon sie sehr präzise sind, uns aber jedwede formelle Bestätigung fehlt, bleibt dies vorerst eine Vermutung. Hier gilt allerdings das, was allerorts vom Juden gesagt wird, der das Gemunkel haßt.

Nun gibt es andere Dinge, die uns aber auch gar nicht gefallen. So wurde uns bestätigt, und das nicht nur einmal, sondern des öfteren, daß es Ärzte gibt, die, aus Gott weiß welchen Gründen, den Zwangsrekrutierten nicht wohl gesinnt sind. Es würde uns eigentlich wundern, wenn wir keine Gegner in ihrem Lager hätten. Jedenfalls liegen uns Fälle vor, die kein Pappenstiel sind.

Dann, so fuhr der Präsident fort, erinnert sich jeder an die rezenten Auftritte in der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung. Dort ging die Rede vom Ruin der Kranken- und Pensionskassen. Es gäbe zuviele, frühzeitig Pensionierte und in der Reihe der Hauptschuldigen würden, ohne die geringsten Bedenken, die armen Zwangsrekrutierten an erster Stelle genannt. Immer und überall die «Geopferten der Nation»! Tatsächlich, die Folgen der Zwangsrekrutierung reichen viel weiter als je einer es hätte träumen können!

Weiter, stellen wir heute ganz eindeutig einen Stimmungswandel fest. In der Zeit nach dem Votum des Gesetzes vom 26. März 1974 hat sich eine Mentalität entwickelt, die den Zwangsrekrutierten sehr schadet. Als erwähntes Gesetz in der Abgeordnetenversammlung votiert wurde, stand das Land kurz vor den Parlamentswahlen. Zu jenem Zeitpunkt warben alle um die Zwangsrekrutierten. Die Politiker aller Parteien waren sich einig: Die «Enrôlés de force» haben lange genug gelitten. Jetzt tun wir etwas für sie. Sie sollen aufhören zu arbeiten, sich zur Ruhe setzen und sich pflegen dürfen! Das war alles zu schön um wahr zu sein!

Obschon wir manche Einwende gegen das so gepriesene Gesetz hatten, sie an maßgeblicher Stelle vortrug, immer wieder auf ganz bestimmte Unzulänglichkeiten hinwies, all unsere Bedenken sollten mit den Worten des damaligen Staatsministers, Herrn Pierre Werner (übrigens waren alle, die nahe oder auch nur entfernt etwas mit Politik zu tun hatten, seiner Meinung), zerstreut werden, indem er im Hohen Haus erklärte, die Bestimmungen des neuen Gesetzes würden weitherzig angewandt werden.

Heute nun spüren unsere Leidensgefährten am eigenen Leib die Vergeßlichkeit der Politiker. Ein Wink von ihnen genügt, und schon finden die Ausführer der gesetzlichen Bestimmungen die wunderlichsten Spitzfindigkeiten um, man möchte beinahe sagen, zu schikanieren.

Es gibt aber noch eine andere Erklärung für die spürbar gewordene Rückentwicklung in Sachen der frühzeitigen Pensionierung der Zwangsrekrutierten. Hiermit spricht der Präsi-

dent den in Prozenten auszudrückenden Gesundheitszustand des einzelnen Invaliden oder Nichtinvaliden an. Schließlich kommt es auf einige Prozente mehr oder weniger an, ob man pensionsberechtigt ist oder nicht.

Wieso kommt es, daß jemand anfänglich bis zu 75% invalide ist, dann im Nachhinein, nach einigen Monaten oder nach einem Jahr, nur mehr 40% oder nur noch 30% arbeitsunfähig befunden wird? Dazu sei Folgendes zu sagen: Man hat 30 oder 35 Jahre hindurch gearbeitet. Schon ehe das Berufsleben anfang, war die Konstitution, gesundheitlich gesehen, nicht die des normal herangewachsenen und normal entwickelten Bürgers. Man war der Zwangsrekrutierung mit all ihren schrecklichen Begleiterscheinungen und Folgen zum Opfer gefallen. Mit der Zeit kam der Streß, die Bürde des Lebens lastete auf den Schultern. Man war leichter anfällig für Krankheiten, leichter aus dem Gleichgewicht zu bringen als andere, die mit einem am Arbeitsplatz standen. Man wurde älter und es kamen die Auseinandersetzungen mit den jüngeren Arbeitskollegen. Es gab Ärger auf der Arbeitsstelle, draußen und zu Hause. So manche Krankheit nagte unentwegt am Lebensnerf. Magen, Leber, Nieren und Herz begannen schlapp zu machen; man wurde nervös, schlief des Nachts schlecht, überall verspürte man Schmerzen. Mal war's ganz schlimm, dann wieder weniger arg. Kurzum man fristete ein klägliches Dasein. Man fühlte sich wie der Hund im Kegelspiel. Schließlich glaubte man, das Ende sei nicht mehr fern. Und dann, eines Tages, war es wirklich so weit. Man konsultierte den Arzt. Dieser machte ein saures Gesicht. Sein Rat: Es ist an der Zeit sich aus dem aktiven Leben zurückzuziehen, sich pensionieren zu lassen, und etwas für die Gesundheit zu tun, andernfalls würde das Leben nicht mehr von langer Dauer sein. Und damit war dann ein Lebensabschnitt zu Ende. Ein anderer sollte beginnen. So einfach ist das gesagt, aber weit weniger leicht getan und verdaut.

An diesem Lebensabschnitt angelangt, bescheinigt der Arzt, guten Gewissens, dem Herrn So-und-so, eine, sagen wir mal 70% Arbeitsunfähigkeit. Die Prozedur zur Pensionierung wird eingeleitet. Der Kranke bleibt zu Hause, läßt sich ärztlich behandeln, führt ein ruhiges, wenn auch durch Pein und manche Qualen gestörtes Leben. Nach einigen Monaten vollständiger Schonung geht es bereits besser. Nach und nach erholt der Kranke sich. Sein Gesundheitszustand bessert sich und das sehr zur Freude des Kranken, wie ebenfalls derer, die ihn umgeben.

Nach 8 oder etwa 9 Monaten dieser Schonzeit, könnte man sagen, wird der Invalide zur Kontrolle zu einem anderen, ihm fremden Arzt geschickt. Der untersucht nun nicht mehr den vormal totkranken Mann, sondern einen ganz und gar Konvaleszenten. Das Resultat ist dementsprechend. Dieser Arzt schreibt nur noch 40 oder so Prozent Invalidität in seinen Bericht.

Und damit ist es um den Pensionsantragsteller geschehen.

Die meisten aller Fälle, so wie sie an uns herangetragen werden, lassen sich an diesen beiden Beispielen illustrieren. Wir sind damit in einer wenig beneidenswerten Lage. Aus ihr heraus zu kommen, jenen Kameraden zu helfen, die wie geschildert sich in eine für sie äußerst mißliche Lage hinein manövriert haben, ist alles andere als leicht. Allem voran gelte es im gegenwärtigen Augenblick, die Kameraden aufzuklären. Will jemand sich frühzeitig pensionieren lassen, sollte er sich etwa folgendermaßen benehmen. Wofern ein Zwangsrekrutierter sich krank fühlt und überzeugt ist, es sei an der Zeit aus dem Berufsleben auszuscheiden, gehe er hin und konsultiere seinen Arzt. Dieser wird ihn untersuchen und feststellen, wie es um ihn steht. Dabei soll nicht verfehlt werden, den Arzt um das Resultat der Untersuchung zu befragen. Man frage den Mann der Medizin rundheraus, wie es um den eigenen Gesundheitszustand bestellt ist; ob es notwendig sei, um nicht auch das Letzte des Lebens zu verderben, ein Aussteigen aus dem Berufsleben und den Eintritt in den Ruhestand in Betrachtung zu ziehen. Dem Arzt soll gesagt werden, daß es nicht drum gehe um jeden Preis in den Ruhestand zu treten. Sehr oft genügt eine ein-, zwei-, drei- oder mehrmonatige ärztliche Behandlung, eine Periode in der man sich vom Arbeitsplatz fernhält, d. h., krankgemeldet ist, und des Patienten Gesundheit ist wieder so hergestellt, daß er seine Arbeit wieder aufnehmen kann.

Es mag sein, daß des Kameraden Gesundheitszustand einer 66 2/3- oder gar mehrprozentigen Invaliditätsquote gleichkommt. Doch wie vorhin dargetan, ist es sinn- und zwecklos einen Pensionsantrag zu stellen. Man ist sich selber schlecht, macht sich Illusionen, und die Enttäuschung ist keine geringe, wenn der Pensionsantrag abgelehnt wird.

Sollte jedoch das genaue Gegenteil des hier vor Geschilderten der Fall sein, ist der Arzt formell und sieht in einer frühzeitigen Pensionierung eine der letzten Chancen für das Weiterleben seines Patienten, dann wird er ganz sicher später, sollten sich Schwierigkeiten auf dem Prozedurweg zur Pension zeigen, zu seinem Entscheid, seinem ursprünglichen Attest stehen.

Das ist in etwa die Art und Weise wie man sich benehmen soll. Von Anfang an muß man wissen, wie es in Wirklichkeit um einen bestellt ist. Dementsprechend soll dann gehandelt werden. Der Präsident ist überzeugt, daß es so wenigstens zu keinen neuen Fällen kommen wird, so wie sie nur allzu häufig in der jüngsten Vergangenheit vorgekommen sind. Er fordert die Delegierten auf, die Kameraden draußen in den Sektionen dementsprechend zu unterrichten und aufzuklären.

Selbstverständlich — so fuhr der Präsident fort —, sind das Überlegungen, die man in einer Notlage anstellt. Das Gesetz vom 26. März 1974

ist nichts weiter als eine Kompromisslösung. Der beste Vorschlag inbezug auf frühzeitige Pensionierung, so wie er von unserem Zentralvorstand der Regierung inbezug auf frühzeitige Pensionierung, so wie er von unserem Zentralvorstand der Regierung unterbreitet worden war, wurde nicht berücksichtigt. Alle unsere Bemühungen waren umsonst. Und der Gesetzgeber war nur damit einverstanden, die Zwangsrekrutierten, und andere Naziopfer geradeso, nur dann frühzeitig in den Ruhestand treten zu lassen, wenn sie noch gerade «wackeln», d. h., wenn sie möglichst nahe am Ende ihres Lebens angelangt sind. Am besten und am meisten hätte den Zwangsrekrutierten geholfen werden können, wenn sie so und sovielle Jahre eher aus dem Berufsleben hätten ausscheiden dürfen, als in den einzelnen Pensions- und Rentenregimen legal vorgesehen.

Es sei demnach ernsthaft daran zu denken, zu überlegen, ob es nicht angezeigt wäre, unseren ursprünglichen Vorschlag erneut aufzugreifen und zu versuchen ihn zu verwirklichen. Der Präsident glaubt, es erübrige sich, nochmal des Langen und Breiten die in unserem Gesetzesvorschlag enthaltenen Vorteile herauszustreichen und zu erläutern. Er geht davon aus, daß sie weidlich bekannt sind. Aus gar vieler Berufenen Mund wurde uns wiederholt bestätigt, unsere Idee bezüglich einer frühzeitigen Pensionierung der Naziopfer, sei bei weitem die bessere gewesen. Schade schade ! Die Reue nach der Tat kommt zu spat! So ist es auch hier. Der von andern verpaßten und vermasselten Gelegenheiten haben wir Zwangsrekrutierte in unserem Leben mehr als genug gehabt. Trotz aller Widerwärtigkeiten, haben wir nicht resigniert, haben uns u. unsere Kameraden nicht aufgegeben. Und so werden wir auch dieses Mal überall und dort wo nötig intervenieren, damit etwas in dem wie hiwvor geschilderten Sinne geschieht.

Natürlich, und dessen sind wir uns sehr wohl bewußt, wird das nicht leicht sein. Wir sind überzeugt, daß die Politiker uns die derzeitigen schlechten Zeiten vorhalten und uns abweisen werden. Sie werden uns sagen, daß das, was wir begehren viel zu kostspielig sei. Man wird uns wiederholen, die Kassen seien leer. Doch sind das nur Vorhaltungen, wie sie uns aus der Vergangenheit noch sehr gut in Erinnerung geblieben sind.

Aber, war es ein Fehler unsererseits, waren wir Schuld an der Zwangsrekrutierung? Diese Frage wird jeder, ganz gleich auch wer, verneinen. In der Tat, die Zwangsrekrutierten sind nicht Schuld an all dem, was über sie hereinbrach. So sind sie denn auch nicht Schuld an ihrem, allgemein gesehen, schlechten Gesundheitszustande. Es ist nicht ihr Fehler, wenn sie in noch relativ jungem Alter außerstande sind zu arbeiten.

Keiner von uns wollte Soldat spielen bei den «Preisen». Niemand aus unseren Reihen wollte nach Rußlands Steppen um dort unter un-

menschlichen Bedingungen zu darben und krank zu werden. Keiner wollte verwundet werden, um ein Lebenlang Krüppel zu sein. Und schon gar niemand wollte dort sterben! Alle hatten geglaubt, wenn sie dem Aufruf der Exil-Regierung in London folgen würde, wäre mit dem Überlaufen das Schlimmste überstanden. War es ihre Schuld, daß sie länger in der Gefangenschaft verbleiben mußten, als es unbedingt erforderlich gewesen wäre? War es nicht deren Schuld, die sie dort (Beispiel Tambow) krank werden und sterben ließen, anstatt sich um sie zu kümmern? Wer anders als die Herren Deutschen hat Luxemburg seiner Substanz beraubt?

Durch die Zwangsrekrutierung ist unserem Lande ein gewaltiger Schaden entstanden. Die Folgen sind ungeheuer. Wir spüren die Verbrechen Tag für Tag an unserem eigenen Leib. Über uns hinweg spürt das ganze Land, das ganze Volk die Folgen der verbrecherischen Taten der Deutschen. Diesen Schaden sollten doch diejenigen reparieren, die ihn anrichteten, die durch ihre illegalen und menschenrechtswidrigen Maßnahmen unserem Lande eine ungeheure Last aufgebürdet haben!

Es ist keineswegs am Luxemburger Staat und Steuerzahler (darunter sind auch die Zwangsrekrutierten!) fremder Gewalttäter und Verbrecher Schulden zu bezahlen! Dafür dürfte niemanden in Luxemburg auch nur einen Franken über den Weg der Steuer aus der Tasche genommen werden! Aber wie ist die Wirklichkeit!? In Luxemburg hilft einjeder den Schaden bezahlen, den die Deutschen angerichtet haben. Und das schon mehr als dreißig lange Jahre hindurch! Ein Ende ist nicht abzusehen.

Der weniger Eingeweihte wird sich fragen, warum das so und nicht anders ist. Nun, die Antwort ist leicht: Wir hatten Politiker an der Landesspitze, die es sich auf Kosten der Allgemeinheit leisteten und leisten großzügig gegenüber den Deutschen zu sein, die Luxemburg beinah ruinierten. Wir Zwangsrekrutierten verlangten zu allen Zeiten, daß Deutschland Wiedergutmachung bezahlen solle.

Heute sind Krisenzeiten. Rezession und wirtschaftlicher Rückgang lassen das Volk und Land zusehends ärmer werden. Gerade jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen, die Nachfolger des Dritten Reiches aufzufordern, sich einer längst fälligen Schuld zu entledigen; sie, die sich heute als erhabene und die besten Demokraten bezeichnen. Jetzt ist es an der Zeit, daß unsere Politiker reagieren, sie, die uns bei jeder sich bietenden Gelegenheit erklären, wir seien alle, hüben wie drüben, die aller-allerbesten Freunde. Da unsere und die Politiker der Bundesrepublik Deutschland sich duzen, wäre nicht jetzt eine günstige Gelegenheit gegeben, den Palavern auf der politischen Bühne Taten folgen zu lassen?

Wenn die Aussagen unserer Verantwortlichen der Landespolitik kein Bla-bla sein soll, wenn diese, wie zigmal feierlich erklärt, weiter-

hin die Interessen der Zwangsrekrutierten — das soll heißen der Luxemburger — wahrnehmen, dann wäre es jetzt an der Zeit die Deutschen aufzufordern ihre Schulden zu bezahlen. Sie und kein anderer sollen den angerichteten Schaden nach Möglichkeit wiedergutmachen. Mit den dem Lande so zufließenden Geldsummen sollten die Kranken- und Pensionskassen saniert werden. Mit dem Überschuß könnten auch die Krisen- und Arbeitslosenfonds gespeist werden. Auf diese Weise wäre dem Volk, dem Land und besonders den Zwangsrekrutierten geholfen, die so schwer geschädigt wurden. Als Ausgleich für die verlorene Jugend, für all das Leid als Folge der Zwangsrekrutierung, wären ihnen wenigstens einige ruhige Jahre an ihrem Lebensabend gesichert.

Des öfteren waren die Ausführungen des Präsidenten durch Applaus unterbrochen worden. Nicht enden wollender Beifall erhielt er im Anschluß an seine hiervoor wiedergegebenen Worte.

Für einmal habe er auf die Nebenaspekte der frühzeitigen Pensionierung hinweisen wollen, sagte der Präsident, um dann anschließend zum nächsten Punkt der Tagesordnung Stellung zu beziehen. Das ist unsere

Petition.

Mancher unserer Kameraden würde sich fragen, wie es weitergeht, was schlußendlich mit der Petition der Zwangsrekrutierten geschehen wird. In seinem nun folgenden Exposé ging der Präsident auf die Vorgeschichte der Petition ein und wie es überhaupt dazu gekommen ist. Bestimmte Artikel des Kriegsschädengesetzes vom 25. Februar 1950 sind eine geradezu ungeheuerliche Diskriminierung der luxemburgischen Zwangsrekrutierten. Doch vorerst als Erläuterung folgendes:

Sinn und Zweck besagten Gesetzes war die Entschädigung der kriegsgeschädigten Personen. Es geht darin, unter anderem, um die Schadloshaltung solcher Personen des Großherzogtums Luxemburg, die als Opfer ihrer patriotischen Haltung durch Maßnahmen des Feindes geschädigt worden waren, d. h., die entweder Lohnausfall hatten, oder die den Verlust ihres normalen Einkommens zu verzeichnen hatten. Wie denn auch nichts anderes schon allein aus dem Titel des Gesetzes zu entnehmen ist, der da lautet: «Loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre».

Damals, als das hier angesprochene Gesetz in Ausarbeitung war, sind die Zwangsrekrutierten überhaupt nicht berücksichtigt worden. Erst nach dem äußerst denkwürtigen 25. Oktober 1947 bequerten die Regierungskreise sich, sie ebenfalls mit einzubeziehen. Doch sollte dies nicht ohne einen niederträchtigen Eselstritt geschehen.

Als Zwangsrekrutierte wurden wir im luxemburgischen Kriegsschädengesetz von 1950 da-

durch stark diskriminiert, weil man in der darin enthaltenen Aufzählung der patriotischen Opfer uns glattweg ausließ. Weil man uns in Artikel 36 des Gesetzes weggelassen hatte, uns dann, wie gesagt erst viel später hinten anhängte, uns jedoch ganz anders behandelte als die sogenannten patriotischen Opfer, wurden wir nicht nur moralisch sondern ebenfalls materiell empfindlich benachteiligt, ja geschädigt.

Dies ist eine Feststellung, eine Behauptung, die andere machten, lange bevor die jetzigen Organisationen im Jahre 1960 neu entstanden, und zwar die «Ligue ons Jongen», die Eltern der gefallenen und vermißten der zur Wehrmacht Deportierten, wie ebenfalls die Mutilierten. Sie liefen Sturm gegen diese nachteilige Behandlung der Zwangsrekrutierten. Die Vorstandsmitglieder der «Ligue ons Jongen» riefen ihre Kameraden auf die Barrikaden, was um Haaresbreite in eine Revolution ausartete. Damals schon ging es ganz allein darum, die in besagtem Gesetz enthaltene Diskriminierung der Zwangsrekrutierten zu verhindern.

Später dann, das heißt nach 1960, haben wir zusammen mit allen föderierten Organisationen, — die der Eltern, der Mutilierten und der Tambower —, immer wieder bei den politisch maßgebenden Stellen vorgesprochen, damit doch endlich eine Aenderung der beanstandeten Bestimmungen und Maßnahmen zustande kommen soll.

In der langen Zeit unserer Tätigkeit im Zentralvorstande haben wir die Erfahrung gemacht, daß, wenn man den politischen Instanzen konkrete Vorarbeit leistet, mit Erfolg zu rechnen ist, daß das Gewünschte verwirklicht wird. So war es, zum Beispiel, mit der von uns und besonders von Jean Gremling ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag wegen frühzeitiger Pensionierung. Daß nicht genau das daraus wurde, so wie wir es uns vorgestellt und vorgeschlagen hatten, ist wahrhaftig nicht unsere Schuld.

Um die in einem luxemburgischen Gesetz enthaltene, über dreißig Jahre alte Diskriminierung aller Zwangsrekrutierten zu beseitigen, beschritten wir denselben Weg, wie bei der frühzeitigen Pension. Jean Gremling arbeitete einen entsprechenden Gesetzesvorschlag aus. Wir unterbreiteten unsererseits diese Vorlage den im Parlament vertretenen Parteien. Die sozialistische Partei war zwar anfänglich sehr begeistert dafür und hatte uns versprochen sie als «proposition de loi» in der Abgeordnetenkammer einzubringen. Sie unterließ es dann schließlich doch aus Gründen, die, nach den Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit nicht uninteressant sind, aber jetzt unwichtig sind. Sie ändern nicht das Geringste an den nun bestehenden Tatsachen. Dafür übernahm die kommunistische Partei unsere Vorlage und deponierte sie am 13. März 1974 in der «chambre des députés». Der Gesetzesvorschlag Grandgenet wurde auf den normalen Instanzenweg geschickt und landete beim Staatsrat.

Als es dann still um unser Anliegen geworden war, uns die Zeit lang wurde und wir befürchteten er könne in der Versenkung verschwinden, erkundigten wir uns schriftlich beim Präsidenten des Staatsrates über den Stand seiner Deliberationen. Als Antwort erhielten wir einen Brief, dessen Inhalt geradezu umwerfend für uns war. Nämlich, die Regierung vertrete den Standpunkt, eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung sei nicht nötig. Aus diesem Grunde sei es dem Staatsrat nicht möglich sein Gutachten zu dem Gesetzesvorschlag Grandgenet abzugeben. Dieser Bescheid ist gleichbedeutend mit der wenig erfreulichen Tatsache, daß unsere Angelegenheit niemals vor das Plenum der Abgeordneten kam. In andern Worten also, die Regierung weigert sich das nationale Problem der Zwangseinziehung zu regeln.

Wir fühlten uns wie vor den Kopf gestoßen. Zusätzlich zu den vielen schönen und nie gehaltenen Versprechen, die Politiker jeder Couleur den Zwangsrekrutierten in der Vergangenheit gemacht hatten, kam nun auch noch diese fast formelle Absage. So etwas hatten wir nun doch noch nicht erlebt. Allein vom rein staatsbürgerlichen Standpunkt aus gesehen, war das ein Eingriff in die demokratischen Spielregeln unserer politischen Institutionen: Die Regierung, — sie ist nur die Exekutive in unserem Staat! —, blockierte die Arbeiten der ihr übergeordneten Abgeordnetenversammlung. Bis dato hatte jede Regierung nur das und genau das auszuführen, was die Deputierten ihr in Gesetzesform auftrugen. Sollten mit einem Schlag die verfassungsgemäßen und demokratischen Rollen in Luxemburg vertauscht werden? Sind denn alle Mittel gerade gut genug, wenn es darum geht die Zwangsrekrutierten zu behandeln wie den letzten Dreck?

Wir waren darob zutiefst schockiert. Hätten wir uns gerade in diesem Fall nicht sofort und energisch zur Wehr gesetzt, dann wäre unsere Daseinsberechtigung nicht nur umstritten sondern absolut hinfällig. Wenn eine luxemburgische Regierung solcherart mit den Zwangsrekrutierten verfährt, ist das weit schrecklicher als jenes brutale NEIN derer aus Bonn, die, wie erinnerlich, im Jahre 1964 sich kategorisch weigerte unsere Wiedergutmachungsansprüche entsprechend zu honorieren.

Es versteht sich denn auch von selbst, daß wir nicht zulassen konnten, wenn auf eine derart verwerfliche Art und Weise mit uns verfahren wird. Es blieb uns keine andere Wahl, als von dem in der Verfassung verankerten Petitionsrecht Gebrauch zu machen. Und das taten wir.

Jedem hier Anwesenden ist das Resultat unserer und eurer Bemühungen bekannt. Eine Unmenge Petitionslisten, fein säuberlich zu 24 Heften gebunden, worauf nicht weniger als 40.393 Unterschriften stimmberechtigter Luxemburger Bürger eingetragen waren, wurden am 4. März 1977 dem Präsidenten der Luxemburger

Abgeordnetenversammlung, René Van den Bulcke, übergeben. 40.393 Luxemburger haben die Forderungen der Zwangsrekrutierten voll und ganz unterstützt dadurch, daß sie ihre Namen auf die Petitionslisten eintrugen. Etwas ähnliches hat es in Luxemburg noch nicht gegeben.

Der Präsident bedankt sich und im Namen aller Kameraden des Föderationsvorstandes bei all den vielen «Enrôlés», die so tatkräftig am Gelingen dieser Aktion mitgewirkt haben. Alle haben einmal mehr bewiesen, daß die Solidarität innerhalb den Reihen der Zwangsrekrutierten kein leeres Geschwätz oder nur Angeberei ist.

Eigenartig klingt es, wenn nachträglich abfällige Bemerkungen fallen wie: «Was sind denn schon 40.000 Unterschriften?» Einer unserer Minister behauptete rundheraus, er hätte spielend leicht allein so viele Unterschriften sammeln können. «Quetschen och!» Wir wollen es gerne drauf ankommen lassen und im nächsten Jahr seine Stimmen zählen.

Wir, so führte der Präsident weiter aus, die wir unsere Petitionsaktion erfolgreich durchgeführt haben, wissen sehr wohl, daß das alles «so leicht» nun doch nicht gewesen ist. Wir konnten feststellen, daß die Luxemburger durchwegs weit aufgeklärter sind, als so mancher dies glaubt, der sich ganz so gibt als schwebte er in höheren Sphären.

Wir haben weiter feststellen können, wie skeptisch und zurückhaltend manche Luxemburger sind. Das konnten wir bereits während der Besatzungszeit erleben. Unsere Petitionsaktion bot uns eine äußerst willkommene Gelegenheit zur Aufklärung der Bevölkerung. Und das war wohl auch ein sehr positiver Aspekt unserer Bemühungen. Nachträglich darf ohne jedwede Uebertreibung behauptet werden: Wir haben, wenngleich gar manche Personen, die angesprochen wurden, aus ihnen eigenen Gründen unsere Petition nicht unterschrieben, mit unserer Aktion an den Kern des Volkes gerührt. Es war aber auch ganz gewiß ein Test, für dessen positiven Ausgang wir uns, ohne überheblich zu sein, beglückwünschen dürfen.

Die Petition der Zwangsrekrutierten ist etwas Einzigartiges. Nie zuvor wurde eine Bittschrift an die Volksvertretung von einer auch nur annähernd gleich großen Zahl von Bürgern unterstützt. Vor uns brachte niemand etwas Ähnliches in dieser Größenordnung zuwege. Unsere Petitionsaktion steht in der Geschichte Luxemburgs einzigartig da. Und sie wird das wohl auch noch lange bleiben.

Nachträglich, als unser großer Erfolg bekannt geworden war, wurde uns sehr oft vorgehalten, wir hätten unsere Aktion in allzu großer Verschwiegenheit durchgeführt. Wäre sie bekannter gewesen, hätten wir mehr geworben, viele weitere Bürger hätten sie ohne weiteres ebenfalls signiert. Nun, wir sind dessen gewiß. Wir haben unsere Aktion absichtlich ohne großen Aufwand und ohne übertriebene Propa-

ganda durchgeführt. Wir wollten für einmal un-
zweideutig Gewißheit erlangen, was man über
die Zwangsrekrutierten denkt und, was für uns
noch wichtiger war, wie die Luxemburger im
allgemeinen zu uns stehen.

Es wäre sicherlich falsch, wenn er behaupten würde, sagte der Präsident, jedes Echo auf unsere Aktion sei positiv gewesen. Ganz im Gegenteil. Mancher von uns stieß auf Widerstand. Wir haben nicht nur Freunde im Lande. Es gibt auch unsere Gegner. Sie zeichneten selbstverständlich unser Petitum nicht. Aber dennoch hatten wir die Gelegenheit unserer Gegner Meinung zu hören, mit ihnen zu diskutieren. In gar vielen Fällen fehlten auf unsere Argumente vollwertige Gegenargumente. Es mag auch sein, daß dieser oder jener nachträglich einsah, daß die Zwangsrekrutierten recht haben, wenn sie sich ihrer Haut wehren, auch wenn das ihnen gegenüber nicht mit Worten ausgedrückt wurde.

Wir sind uns bewußt, daß diese Petitionsaktion eine große Angelegenheit war und ist. Was einerseits Genugtuung für uns ist, soll als Warnung für andere, besonders aber für unsere Gegner gelten.

Allem voran wurde mit unserer Petitionsaktion bewirkt, daß der Gesetzesvorschlag Nr. 1790, womit die Regelung auf nationalem Plane des Problems der Zwangseinziehung Luxemburger zur deutschen Wehrmacht im letzten Weltkrieg geschehen soll, deblockiert wurde. Dies ist als erster Erfolg unserer gemeinsamen Bemühungen zu bewerten.

Am 9. März 1977 demonstrierten wir vor dem Hohen Hause am Krautmarkt. Es war das eine kleine, darum aber umso wirkungsvollere Demonstration. Jedem Deputierten, der zur «Chamber» ging, war, ohne daß wir es erklären mußten, die Möglichkeit gegeben, auf den Spruchbänder abzulesen, worum es wirklich ging. Noch am gleichen Tag begannen die Diskussionen über das Problem der Zwangsrekrutierten. In der Hauptsache ging es allerdings darum zu wissen, was mit der Petition zu geschehen habe. Die Meinungen der verschiedenen Parteifractionen gingen ziemlich weit auseinander. Plötzlich wußte man nicht so richtig wohin mit der voluminösen Petition. Die einen wollten sie der Kommission zuwenden (es war die Opposition im Parlament), die nun mal zuständig ist für Petitionen. Die andern, in diesem Fall die Majoritätsparteien, vertraten die Ansicht, die Bittschrift der Kommission zu überlassen, in deren Bereich die Kriegsschäden fallen. Es erübrigt sich, die Frage der Zuständigkeit dieser oder jener Kommission im Parlament hier ein weiteres Mal zu analysieren. Eines ist mittlerweile sicher, u. z. wird der Gesetzesvorschlag Nr. 1790 über kurz oder lang in der Abgeordnetenkammer zur Debatte stehen. Wir haben erreicht, daß er nun auf den Instanzenweg gebracht wurde. Das, so schlußfolgerte der Präsident, ist ein erster Erfolg nach den An-

strengungen aller Kameraden, deren Beitrag nicht hoch genug gewürdigt werden kann.

Die Rehabilitierung der Zwangsrekrutierten ist und bleibt das wichtigste Ziel, das zu erreichen alle Hebel in Bewegung zu setzen sind. Rehabilitiert werden sollen die Lebenden aber auch ganz besonders die Toten. Sollte beim Votum der Gesetzesvorlage sich keine Majorität finden, sollte sie abgelehnt werden, — dafür gibt es manche Hinweise, nicht zuletzt sogar einen solchen des Staatsministers selbst, — dann werden wir, als wirkliche Demokraten, uns diesem Verdikt beugen.

Damit ist allerdings und leider das Problem keineswegs gelöst. Niemand sollte sich falschen Hoffnungen hingeben: Die Zwangsrekrutierten werden nicht locker lassen. «Mir gin eis sou einfach net!» Wer glaubt, nach einem negativen Votum seien wir mit unserem Latein am Ende, der wird noch manch böse Ueberraschung erleben. Wir waren schon sehr oft in fast ausweglosen Situationen, — so z. B. im Krieg, — fanden aber immer wieder Wege hinaus. Es ist unsere heilige Pflicht unseren tausenden Toten, den Kameraden, deren Frauen und Kinder, uns selbst und dem ganzen Land gegenüber, keinen Zweifel an der Haltung der einstigen Zwangsrekrutierten zu dulden. Unser aller Pflicht ist es, dafür Sorge zu tragen, daß alle von jedem Makel reingewaschen werden. Sollte es diesmal nicht gelingen das nationale Problem der Zwangseinziehung zu bereinigen, werden wir wie bisher weiterstreiten. Wir werden erst dann aufhören, wenn der Letzte von uns zu Grabe getragen wird.

In den kommenden Wochen und Monaten wird jedenfalls die Aufgabe des Zentralvorstandes keine leichte sein. Wir werden alle maßgeblichen Personen kontaktieren und zu überzeugen versuchen, ein für alle Mal das leidige Problem der Zwangsrekrutierung zu bereinigen. Inzwischen haben wir festgestellt, daß es einen, wenn auch geringen Umschwung der Meinungen gegenüber den Zwangsrekrutierten hier und dort gibt. An uns und an jedem Einzelnen «Enrôle» ist es sich mit letzter Kraft einzusetzen um zu versuchen über all zu überzeugen, dort wo nötig.

Nachdem Präsident Jos. Weirich noch einmal zusammenfassend die hauptsächlichsten Probleme der Zwangsrekrutierten, sowie die verschiedenartigen Zusammenhänge auf nationaler wie internationaler Basis dargelegt hatte, und ihm für seine ausführlichen Ausführungen tosender Beifall gezollt worden war, löste ihn Me Jean Gremling am Rednerpult ab.

In Luxemburg gibt es noch die Trennung der Gewalten

Zur Einleitung seiner kurzen Stellungnahme beglückwünschte Jean Gremling den Präsidenten Jos. Weirich für seine umfassenden und präzisen Darlegungen. Vom juristischen Standpunkt her ist es ein allgemeines Prinzip des

Rechts, daß der angerichtete Schaden ersetzt werden muß.

In einem Gesetz von 1950 wurde in unserem Lande beschlossen, daß der Kriegsschaden ersetzt wird. Also und folglich ist allen Opfer der Nazi-Deutschen ihr Schaden zu ersetzen. So lange das nicht für alle der Fall ist, besteht eine Ungerechtigkeit und eine Diskriminierung.

Um die Erben des Dritten Reiches dahinzubringen, daß sie ihren angerichteten Schaden ersetzen, dafür bezahlen, muß vorerst der Schaden als solcher effektiv sein. Das heißt in anderen Worten, unser Land, unser Staat, der in unsere Rechte eingetreten ist, muß ihn anerkannt und sein Ausmaß definitiv festgestellt haben.

Weiter, von staatswegen darf kein Bürger dem andern gegenüber benachteiligt werden. Aber gerade das ist mit dem Gesetz über die Entschädigung der Naziopfer geschehen.

Was die anhängige Gesetzesvorlage Nr. 1790 anbelangt, würde er alles tun, was im Bereich des Möglichen liegt, damit sie vor dem Plenum der Abgeordnetenkammer zur Diskussion kommt. Dort soll dann jeder Deputierte seine persönliche Verantwortung übernehmen und darüber sein Urteil fällen.

Daß die Regierung, wenn sie Gesetzesprojekte vorlegt, bemüht ist und darauf drängt, diese zum bestmöglichen Zeitpunkt zum tatsächlichen Gesetz werden zu lassen, ist absolut verständlich. Liegt dem gegenüber ein Gesetzesvorschlag vor, eine Initiative der Volksvertretung, muß es befremdend wirken, wenn die Regierung eingreift um ihn zu unterbinden. Ein solcher Eingriff in die parlamentarische Initiative käme einer Bevormundung des Parlamentes gleich. In einem parlamentarisch demokratischen Regime, wo die Trennung der Gewalten besteht, — und dies ist in Luxemburg der Fall, — darf keine Regierung sich einen wie vorhin erwähnten Eingriff leisten.

Als die Kameraden des Zentralvorstandes unterrichtet worden waren, die Regierung sei nicht am Gesetzesvorschlag Nr. 1790 interessiert, weil ihr eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung unnötig erscheine, und es keiner Weiterleitung bedürfe, was einem Veto gleichkommt, haben sie sehr folgerichtig reagiert. Ja, sie mußten unbedingt reagieren.

Wenn ich, — so sagte Jean Gremling, — als Angehöriger der geopfertten Generation in der Abgeordnetenkammer als Parlamentarier vor die Alternative gestellt bin, dieses Gesetz zu stimmen und dies nicht tue, dann brauch ich nicht Abgeordneter zu sein.

Schlägt man die Tageszeitungen auf, findet man Woche für Woche zwei, drei oder gar mehrtodesanzeigen von einstigen Leidesgefährten, dann sind wir und alle, denen diese Toten nahesteht, äußerst traurig. Diese Tatsache zum Anlaß nehmend, hätten einige Politiker sich geübert, das Problem der Zwangsrekrutierten löse

sich ganz von selbst. «Et get hirer emmer manner!»

Schon allein um einer solchen Auffassung entgegenzutreten, war es von großer Wichtigkeit, daß die Petition der Zwangsrekrutierten kam. Ueberall dort, wo «Enrôlés» sterben, treten die Frauen und Kinder an ihre Stelle. Die mit 40.393 Unterschriften versehene Petition ist der frappante Beweis dafür, daß das Problem der Zwangsrekrutierung alles andere als gelöst ist. So lange wird es keine Ruhe im Lande geben, wie gerade dieses Problem ungelöst sein wird. Auch wird nichts erreicht sein, für niemanden, sollte es den großen politischen Strategen nach gehen, die da sagen: Laßt den Gesetzesvorschlag Nr. 1790 vor die Kammer kommen. Dort wird er abgelehnt und der ganze Spuck ist vorbei und zu Ende.

Nein! Gar nichts wird dann zu Ende sein. Der Streit wird weitergehen wie eh und je, bis eines Tages die Zwangsrekrutierten im Namen der Gerechtigkeit dann doch ihr Recht erlangen. Nie zuvor hatte eine Aussage der Zwangsrekrutierten eine solch tiefe Bedeutung wie die: «Mir gin eis net!»

Lang anhaltender Applaus begleitete Jean Gremling auf seinem Weg vom Rednerpult zurück zu seinem Sitzplatz. Jos. Weirich dankte ihm im Namen aller Kongreßteilnehmer für seine engagierte Stellungnahme. Das hiervor behandelte Kapitel abschließend, sagte der Präsident, die Zwangsrekrutierten würden trotz des sich ihnen entgegenstellenden Widerstandes hoffen, daß es in naher Zukunft dennoch zu einer definitiven Regelung des sie betreffenden, nationalen Problems kommen werde. Denn, so fuhr er fort, man könne sich schlecht vorstellen, daß beispielsweise der zum Minister emporgestiegene Jos. Wohlfart seine Kameraden verleugnen würde. Er, der sie 1947 auf die Barrikaden rief, als Fensterscheiben in Scherben gingen und Radio-Luxemburg um ein Haar besetzt worden war, und das nur wegen dieser Diskriminierung.

Ehe der Präsident grünes Licht zur freien Aussprache gab, erinnerte er kurz an die am 12. Juni in Walferdingen stattfindende «promenade surprise». Es handele sich dabei um eine auf die Zwangsrekrutierten und ihre Familienangehörigen zugeschnittene Fußwanderung. Sie sei bereits nach kurzer Zeit zu löblicher Tradition geworden. Auf Initiative der Kameraden der Diekircher Sektion ist sie zustande gekommen. In den vergangenen Jahren konnte stets eine hohe Teilnehmerzahl verzeichnet werden. Die Hoffnung ausdrückend, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird, lud er die Vertreter der Sektionen ein, zusammen mit ihren Sektionsmitgliedern in Walferdingen zu erscheinen und an besagter Fußwanderung teilzunehmen, so neben der Pflege guter Kameradschaft auch noch zusätzlich etwas für die persönliche Gesundheit tuend.

Der Präsident wies weiter auf das Buch «Die geopfertte Generation» hin. Die erste Auflage

sei im Nu vergriffen gewesen. Eine zweite sei inzwischen fertiggestellt. Somit stehe unser Buch wieder zur Verfügung. Alle Zwangsrekrutierten müßten daran interessiert sein, daß es eine möglichst breitgefächerte Verbreitung erfahre. Tatsache ist, und es wurde ganz klar festgestellt, daß noch lange nicht jeder Kamerad sich dieses Buch angeschafft hat. Die Delegierten sollen in ihren Sektionen bei ihren Mitglieder drauf einwirken und sie anhalten, sich das Buch zuzulegen.

Alsdann machte der Präsident die Delegierten auf die auf allen Tischen liegende Auto-Revue aufmerksam und sagte, eine politisch unabhängige Luxemburger Illustrierte habe das Problem der Zwangsrekrutierung aufgegriffen und dazu eine den Zwangsrekrutierten gegenüber absolut positive Stellung bezogen. Das ist sehr lobenswert. Für die «Enrôlés» sei es wichtig, wenn eine Publikation für einmal ein Problem aufgreift, das während mehr als dreißig Jahren hohe Wellen schlug und wegen welchem die nationale Ruhe immer wieder gestört wird. Und das ganz einfach nur deswegen, weil die, die imstande wären es zu lösen, nämlich die Luxemburger Politiker, dies nicht tun, sondern es ständig vor sich herwälzen. Dem Herausgeber der Auto-Revue dankt der Präsident recht herzlich und die Kongressisten applaudieren stürmisch.

Nach dem allzu frühen Tode des unvergeßlichen und guten Kameraden Norbert Jungbluth, der seiner Familie und uns unerwartet weggenommen wurde, ist ein Sitz im Zentralvorstand leer. Er ist nun neu zu besetzen. Es meldet sich der Kamerad Joseph Clees aus Neidhausen. Er ist Präsident der Sektion Hosingen. Seine Kandidatur wird angenommen und mit begeistertem Applaus schicken die Delegierten ihn in den Zentralvorstand. Mit Jos. Clees hat somit der Norden des Landes wieder einen Vertreter im Vorstande der «Association des enrôlés de force, victimes du nazisme», die ihrerseits einen sehr dynamischen Mitarbeiter erhält.

Zu einem Brief den die Sektion Differdingen an den Zentralvorstand richtete, möchte der Nationalpräsident einem Vertreter dieser Sektion das Wort erteilen, damit er den Kongressisten das Anliegen seiner Kameraden vortrage. Dabei handelt es sich um eine «Taak», welche die Differdinger Kameraden anfertigen ließen. Es wurde den Kongreßteilnehmer mitgeteilt, hier handele es sich um ein Vorhaben der Differdinger Zwangsrekrutierten, welches weit über den Kreis ihrer Sektion hinausgehe, zumal sie eine «Taak vun den Enrôlés de force» geschaffen hätten. (In der Zwischenzeit wurde sie auf Landesebene vorgestellt, u. z. im Bulletin «Les Sacrifiés» Nr. 6-7/1977, auf der zweiten Deckelseite.)

Generalsekretär B. Jacob

dankt dem Kameraden aus dem Zentralvorstand, Jempy Bolmer, für den von ihm zusammenge-

stellten Tätigkeitsbericht von 1976, den dieser an seiner Stelle vortrug. Weiter dankt er Abbé Jos. Schmit für die von ihm, zusammen mit 7 anderen Geistlichen, die wie er zwangsrekrutiert worden waren, zelebrierten Oktavmesse in der Kathedrale. Er fragt ob es nicht möglich sei, diese Messe ganz auf Luxemburgisch zu halten. Besagte Meßfeier wäre allerdings auch so ganz schön gewesen. Einige alte Eltern gefallener und vermißter «Enrôlés» haben bei ihm vorgesprochen um ihm zu sagen, sie hätten nicht verstanden, was während der Predigt gesagt worden sei. Sie seien leider in der französischen Sprache, in der sie gehalten wurde, nicht so bewandert. Ein anderes Anliegen das der Generalsekretär vortrug, — er sei hier nur das Sprachrohr vieler Luxemburger, — hat mit den Beerdigungsfeiern von Zwangsrekrutierten zu tun. Er bringt den Wunsch vieler Leute zum Ausdruck, denen es lieb wäre, wenn die Totenfeiern für «Enrôlés» in Luxemburgisch gehalten würden.

Sehr belobigend strich B. Jacob die Denkmaleinweihung in Perl hervor. Sie fand am 31. Oktober 1976 statt. Was ihm, und allen, die damals mit dabei gewesen sind, am besten gefallen hat, war die von Pfarrer Marcel Grethen gestaltete religiöse Feier, die, so seine Worte: «en Héichgenoß war, a méi enger Geschichtstonn geglach huet, wéi enger Andacht». Das Beispiel von Perl müßte unbedingt anderswo, und möglichst an vielen Stellen des Landes wiederholt werden.

Zum Abschluß seiner kurzen Intervention forderte der Generalsekretär die Verantwortlichen aller Sektionen des Landes auf, zu Beginn jeden Jahres dem Zentralvorstand mitzuteilen, wann und wo die einzelne Sektion eine Feier, ihre Generalversammlung oder sonstige Festlichkeiten veranstalten und die Präsenz von Mitglieder des Zentralvorstandes gewünscht wird. Wie aus dem Bericht von Jempy Bolmer zu ersehen war, hat man im Zentralvorstand seine liebe Mühe allen Anforderungen der verschiedenen Sektionen gerecht zu werden oder nachzukommen. Manche Angehörige des Zentralvorstandes müssen, wie gehabt, an einem einzigen Tag bis zu drei oder gar vier Auftritte in den verschiedenen Orten und, distanzmäßig gesehen, manches Mal weit auseinander liegend, absolvieren. So kann das in Zukunft nicht weiter gehen. Auch die Kameraden des Zentralvorstandes sind nur Menschen. Wie bei jedem anderen wiegen die Jahre und das Durchstandene schwer auf ihrem Buckel. Wer möchte sie durch übermäßige Anstrengungen und zu hohen Streß in den Tod jagen?

Zentralvorstandsmitglied J. Hames erinnerte die Delegierten seinerseits an die im Vorjahr begonnene Zählung der seit Kriegsende verstorbenen Angehörigen beiderlei Geschlechts der Jahrgänge von 1920 bis 1927. Es gehe dabei darum, mit Sicherheit festzustellen, wieviele Angehörige dieser Jahrgänge inzwischen tot sind, die unter das Gauleiterdekret vom 30. August 1942 gefallen sind. Hier, wie in vielen an-

deren Bereichen, könnten die Zwangsrekrutierten sich nur auf sich selbst verlassen. So seien denn auch die Mitglieder der Sektionsvorstände die Einzigen, die in der Lage sind, dem Zentralvorstand jedesmal mitzuteilen, wenn ein Zwangsrekrutierter aus dem Bereich ihrer Sektionen gestorben ist. Er fordert alsdann die Delegierten auf, ihre Totenlisten fertigzustellen und sie dem Zentralvorstande baldmöglichst zukommen zu lassen.

Zur besseren Pflege guter und kameradschaftlicher Beziehungen innerhalb der Reihen der Zwangsrekrutierten gehöre es, so führte J. Hames weiter aus, wenn diese sich ebenfalls auf lokaler Ebene begegnen. In fast allen Sektionen gibt es «Monuments aux Morts» vor denen jedes Jahr lokale Gedenkfeiern abgehalten werden. Es werden aber auch sonstige, profane Veranstaltungen auf lokaler Ebene organisiert. Bei derartigen Gelegenheiten wäre es angezeigt, wenn die Mitglieder anderer Sektionen, besonders aber diejenigen, die benachbarten Sektionen angehören, daran teilnehmen. Wann und wo immer die jeweiligen Sektionen öffentlich in Erscheinung treten, — dies sei allgemein aus den Mitteilungen in Presse und Funk zu erfahren, — sollten alle Kameraden als einen Anlaß wahrnehmen, durch ihre Beteiligung andere zu treffen und nicht zuletzt auf diese Art und Weise, wenigstens nach außen, die oft zitierte Solidarität der Zwangsrekrutierten unter Beweis stellen.

Der Präsident der stadtluxemburgischen Sektion, Kamerad André Frisch trat als nächster an's Mikrophon. Er hatte ebenfalls einige Empfehlungen an die Delegierten vorzutragen. Die Kameraden der hauptstädtischen Sektion veranstalten seit dem letzten Jahr verschiedene Feiern zum Gedenken toter Zwangsrekrutierter, die gruppenweise vom Naziokkupant umgebracht wurden. So seien die wichtigsten Daten in der Geschichte der Zwangsrekrutierten aufgegriffen worden. In Zukunft würden also öffentliche Gedenkfeiern vor dem Denkmal am Bahnhof in Luxemburg-Hollerich stattfinden, und zwar zum Andenken an die von der SS in Sonnenburg (Slonsk) ermordeten 90 junge Luxemburger; an die in Lyon von einem Luxemburger Quisling verratenen und nachträglich erschossenen Kameraden; an die Kameraden, die in den Sommermonaten 1944, das heißt, nur kurz vor der Liberation Luxemburgs am 10. September 1944, noch zum R.A.D. verschleppt worden waren. Unter den Zwangsrekrutierten, die sozusagen in letzter Stunde den Nazis zum Opfer fielen, war die Todesrate übermäßig hoch. Ursache daran war, daß die Jungen wegen ihrer patriotischen Haltung, sobald ihnen bekannt worden war, Luxemburg sei vom Nazijoch befreit, sich weigerten von den Deutschen zu deren Wehrmacht verschleppt zu werden. Zehn

von ihnen wurden als Geisel erschossen. Es war das eine der traurigen Abschreckungsmaßnahmen, wie sie die Deutschen so oft angewandt haben. Andere dieser jungen Luxemburger wanderten in Militärgefängnisse und der weitaus größte Teil der unglücklichen Schicksalsgefährten wurde in Strafbataillione und Strafkompagnien gesteckt, was einem Todesurteil gleichzustellen ist. Ihre Ueberlebenschancen waren äußerst gering.

A. Frisch gab den Kongressisten weiter bekannt, daß die hauptstädtische Sektion, der die Organisation der «Journée commémorative nationale des victimes du nazisme, enrôlées de force» obliegt, dem Zentralvorstand vorgeschlagen hat, diese nationale Feier jedes Jahr am letzten Sonntag der Schobermesse, d. h., dem «Baueresonntag» abzuhalten. Dieser hat sich damit einverstanden erklärt.

Die Sektion der Stadt Luxemburg wird fürderhin dann auch noch den 8. Mai begehen, jenen Tag, an dem der mörderische II. Weltkrieg in Europa zu Ende war. Er bittet die Kongressisten, zusammen mit den Mitglieder deren Sektionen sie vertreten, an den soeben erwähnten Feiern in der Hauptstadt teilzunehmen.

Daran anschließend trugen mehrere Delegierten Fälle von Kameraden vor, die mancherlei Schwierigkeiten begegnet sind, als sie wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes sich gezwungen sahen, frühzeitig in den Ruhestand zu treten. Mit diesen Fällen, die einmal mehr der Beweis sind, wie «geschmeidig» das Gesetz vom 26. März 1974 ausgelegt wird, wird sich der Zentralvorstand befassen und beim zuständigen Minister intervenieren.

Der Nationalpräsident ließ alsdann feststellen, wo der Kongreß von 1978 stattfinden soll. Nach einigem Hin und Her, einigten die Kongreßteilnehmer sich auf die Ortschaft Hosingen. Mit dem Einverständnis aller, wird den Oeslinger Kameraden die Organisation des nächsten Landeskongresses der Zwangsrekrutierten übertragen.

Nach der Verabschiedung der in Einstimmigkeit angenommenen Resolution, dankt der Präsident in seinem Schlußwort allen Delegierten und ganz besonders den Kameraden der Sektion Wormeldingen, die den Kongreß 1977 minutiös und beispielhaft vorbereitet hatten. Herzlicher hätte der Empfang der vielen Kameraden aus allen Teilen des Landes und angenehmer der Aufenthalt im Moselstädtchen Wormeldingen nicht sein können. So gehe der Kongreß 1977 als würdige Nachfolge in die Reihe der vorherigen ein.

«Alles Gudds, an Aurevoir d'nächst Joer zu Housen.»

Résolution

Les délégués de l'Association des Enrôlés de Force, victimes du nazisme, réunis en congrès national le 8 mai 1977 à Wormeldange, après avoir entendu le Comité Central dans son rapport annuel et plus particulièrement dans son programme pour 1977.

le confirment dans ses fonctions et l'assurent de leur appui indéfectible dans toutes démarches utiles à la cause commune,

flétrissent l'inertie impardonnable du Gouvernement luxembourgeois face au problème national des enrôlés de force,

mettent en évidence l'article 11 de la Constitution aux termes duquel «les Luxembourgeois sont égaux devant la Loi»,

soulignent l'appui sans précédent apporté à la pétition des enrôlés de force par plus de quarante mille électeurs,

réproouvent toutes manipulations susceptibles de porter atteinte aux prérogatives du Parlement dans ses pouvoirs législatifs,

réclament la discussion publique de la proposition de loi no 1790 déposée à la Chambre des Députés le 13 mars 1974 en vue de réaliser une fois pour toutes la suppression des discriminations contenues dans la loi sur les dommages de guerre du 25 février 1950.

réfutent de façon catégorique les assertions fantaisistes de certains députés qui semblent ignorer les véritables effets d'une mise à la retraite anticipée,

sont d'avis que la contribution indéniable des enrôlés de force aux différentes institutions fiscales et sociales implique leur droit aux prestations d'usage au même titre que les autres bénéficiaires,

retiennent la constatation émise dans une étude du Statec (no 9/73) suivant laquelle une faible fraction des dommages de guerre de l'ordre de 10% à peine aurait donné lieu à réparation de la part de la République Fédérale Allemande,

considèrent que l'Accord suranné de Londres est à dénoncer sans retard, d'autant plus qu'il a perdu toute raison d'être par suite des compensations massives accordées à d'autres nations,

rappellent au Gouvernement luxembourgeois le devoir qui lui incombe de défendre les intérêts de tous les citoyens,

exigent la relance des pourparlers avec les successeurs du III. Reich dont le seul acte de réconciliation valable ne saurait être posé que par la pleine réparation des actes illégaux subis par les victimes luxembourgeoises.

Obtention du bénéfice de campagne

① Où adresser votre demande ?

Les intéressés devront adresser leur demande à Monsieur le Secrétaire Général, Chef du Service Départemental des Anciens Combattants et Victimes de Guerre, Cité Administrative, 6802 COIMAR.

A l'appui de cette demande, il y a lieu de joindre une copie du certificat de reconnaissance



A Jean-Louis nous assurons que son souvenir restera vivant parmi nous.

Que son épouse, sa fille Evelyn, ses parents et sa famille trouvent ici l'expression de notre sympathie et de nos condoléances émanées et sincères.

mondé l'estimant pour son désintéressement tout.

années, méritant ses qualités professionnelles à disposition de nos camarades, tout le

L'ADEP, il exerçait au Comité local depuis de longues et du Conseil d'administration de la «Codel». Au sein régional des Électriciens, de la Commission, ses qualités techniques, il était aussi membre du Comité de la Commission d'examen, en raison de

Troisième du Syndicat des maîtres-électriciens, il faisait métier d'électricien, il exerçait une activité professionnelle à Coimar.

que Jean-Louis nous a quittés, âgé à peine de 51 ans. De prévoir cette disparition subite. C'était le 25 février 1973

ami souffrait d'une maladie latente, mais nul n'aurait pu soupçonner sa gravité.

Jean-Louis SCHOPFIT. Depuis pas mal de temps, nous vous annonçons la mort d'un bon camarade du Comité.

Aujourd'hui, encore une fois, nous avons l'obligation de nos camarades du Comité de la Section de Coimar.

triste mission de communiquer à nos lecteurs, dès d'un

Dans notre dernier «Bulletin de Liaison», nous avions la

Jean-Louis SCHOPFIT †

MULHOUSE
COIMAR
LOUIS

RADIO BACH

Radio - Télévision - Electro Ménager

Ausserordentliche Generalversammlung in Walferdingen am 25. Februar 1978



Diese Generalversammlung war in zweierlei Hinsicht außergewöhnlich. Einmal, weil die Landesdelegierten der Sektionen (zusammengefaßt in der «Association des enrôlés de force, victimes du nazisme») außer der Reihe aufgerufen waren, und zum anderen Mal, weil ebenfalls die Delegierten der in der «Fédération des victimes du nazisme, enrôlés de force» zusammengefaßten «Association des parents des déportés militaires», die der «Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945» und diejenigen der «Amicale des anciens de Tambow» daran gleichzeitig teilgenommen haben. Diese Prozedur ermöglichte es, Beschlüsse auf landesweiter Ebene und unterhalb der beiden Dachorganisationen zu fassen, die für beide gleich bindend sind. Auf diese Weise wurde nicht nur viel Zeit, sondern auch viel Mühe und Arbeit für alle gespart.

Als kurz nach halb vier Uhr, Nicolas Kirchen, Sekretär der Sektion Walferdingen, die zahlreichen Delegierten, die Zentralvorstands- und die Föderationsvorstandsmitglieder begrüßt hatte, stellte er mit Bedauern fest, daß der Saal sich als zu klein erwies. Rund 170 Personen waren erschienen, eine außergewöhnliche Zahl. Er brachte seine und seiner Kameraden aus Walferdingen Freude zum Ausdruck, in relativ kurzem Abstand die Ortschaft Walferdingen zweimal als Treffpunkt der Zwangsrekrutierten des ganzen Landes zu sehen, und zwar, gelegentlich der «promenade surprise» und nun zur außergewöhnlichen Generalversammlung. (Nun, das geschah nicht von ungefähr. Unsere Sektion Walferdingen ist eine der rührigsten unter allen! D. Red.) Nicolas Kirchen hieß alle Anwesenden herzlich willkommen, dankte der Gemeindeverwaltung von Walferdingen für den von ihr zur Verfügung gestellten Saal und wünschte der Versammlung viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Alsdann sprach Jos. Weirich, der Nationalpräsident. Die Vorstände der verschiedenen Organisationen der Zwangsrekrutierten haben die

se außergewöhnliche Generalversammlung einberufen, sagte er, weil die Zwangsrekrutierten wieder einmal an einem Wendepunkt angekommen sind. Alle Bemühungen der Vergangenheit haben leider nicht zu dem Endziel geführt, das wir uns gesteckt haben. Noch immer gelte es dies zu erreichen. Es genüge nicht Ideen zu entwickeln, die auf die Aktivität in der Zukunft ausgerichtet sind. Es gehe vor allem darum, sie zu verwirklichen. Wenn Weichen umzulegen und neu zu stellen sind, die womöglich in die Richtung einer radikaleren Haltung als bislang weisen, dann soll dies nicht im kleinen Gremium der Vorstände, sondern von der breiten Masse der Delegierten beschlossen werden. Die Kameraden des Zentralvorstandes möchten aber auch gerne wissen, ob sie deren Unterstützung haben und, was noch weit wichtiger ist, sie möchten der uneingeschränkten Unterstützung aller Zwangsrekrutierten vergewissert sein.

Der Präsident zeigt sich hochofrenet über die große Teilnehmerzahl und dankt allen, die, wie schon so oft in der Vergangenheit, einen freien Nachmittag opfern um sich mit dem heiklen Problem der Zwangseinziehung zu befassen. Die Kam. Metty Scholer und Raym. Welter, beide von der Vereinigung der Tambower, haben sich entschuldigt nicht an der Versammlung teilnehmen zu können, weil sie anderen Verpflichtungen nachkommen müssen.

Wo stehen wir Zwangsrekrutierte?

Bleibt noch etwas zu tun?

Das sind die beiden Fragen, die wohl jeder sich stellt. Seit der Gründung unserer Organisationen wurde gar manches erreicht, was ins ursprüngliche Programm eingeschrieben worden war. Unseren gefallenen und toten Kameraden wurde der Titel «Mort pour la Patrie» zuerkannt. Die Waisen unserer im Krieg gefallenen Kameraden wurden offiziell «orphelins de guerre». Große Nachteile für die Witwen der gefallenen und toten Zwangsrekrutierten konnten



nach und nach abgebaut werden. Unsere mutierten Kameraden wurden allgemein besser behandelt und erhielten angemessene Renten und Versorgung. Wir haben das Gesetz vom 25. Februar 1967. Es gibt die sozialen Einrichtungen, die «services sociaux» der LLMIG und der Föderation, wo jeder Auskunft erhalten kann und ihm geholfen wird. Auf dem Kanonenhügel steht das Nationale Denkmal. Die «médaille de la reconnaissance nationale» wurde geschaffen und weit über 4 000 Personen wurden damit ausgezeichnet. Weiter gibt es das Gesetz vom 26. März 1974, auch wenn es nicht vollständig ist, so erhalten tausende frühinvaliden Kameraden, Witwen und Waisen ihre Pensions- und Rentenzuschüsse. Niemand wird leugnen, daß in den vergangenen Jahren allerlei erreicht worden ist und viele Ungerechtigkeiten abgebaut werden konnten.

Aber leider gibt es noch einen Punkt des Programms, und das ist der wichtigste, in dem wir keine Genugtuung erhalten haben. In den Nachkriegsjahren kam es zu der unerträglichen Diskriminierung der Zwangsrekrutierten. Sie bestand schon zur Zeit der «Ligue ons Jongen». Sie besteht auch noch immer weiter. Sie wurde mit der Zeit zu einem gewaltigen Problem, das sogar in der Abgeordnetenkammer zum nationalen Problem erklärt wurde. Es hat zwei ganz bestimmte Aspekte, die sowohl nationaler wie internationaler Art sind. Soweil darf man, ohne auch nur im geringsten zu übertreiben, behaupten, die Politiker hätten es mit einigem Geschick vor sich hergewälzt, jede einigermaßen annehmbare Lösung geflissentlich unterbindend, und es bis in die Gegenwart verschleppt. Dabei spielte bei vielen der Gedanke mit, je weiter es auf die lange Bank geschoben werde desto leichter sei es später zu lösen. Einmal würden nach genügend langer Zeit all diejenigen Vorschub leisten, denen das Problem völlig unbekannt ist und zum anderen würde es sich mit der Zeit ganz von selbst lösen. Heute spekulieren nicht wenige mit dem Tod des letzten Ueberlebenden der geopfert Generation. Aber noch ist es

nicht so weit. Noch sind wir nicht an diesem Punkt angelangt.

In der jüngsten Vergangenheit haben einige Politiker eine andere Masche gefunden. Mit Lügen und Verleumdungen wird gegen die Zwangsrekrutierten gehetzt. Es wird kaltblütig behauptet, diese alten Ewig-Gestrigen würden das Land, den Staat ruinieren. Wenn man glaubt auf eine Gemeinheit mehr oder weniger an die Adresse der Naziopfer käme es nicht an, dann werden wir ihnen zeigen, wie wir uns gegen derartige Angriffe zu wehren wissen. Und weil der Angriff die beste Verteidigung ist, werden wir uns in diese Richtung orientieren.

Doch bevor man uns den Ruin des Staates anhängen möchte, werden wir dem Land in Erinnerung rufen, daß es die Politiker waren, die aus reinstem Egoismus, persönlicher Profitsucht und Postenjägerei den rechtmäßigen Erben und den reichen Nachfolger des Nazireiches zig Milliarden luxemburgischer Franken großzügig schenkten.

Wenn die sogenannten großen Herrschaften im Staate Luxemburg in der Vergangenheit Fehler begangen haben und auch in der Gegenwart begehen, so soll das nicht nur registriert werden. Es soll nicht heißen, damit wäre es getan, wir würden uns notgedrungen damit abfinden und die Karre sausen lassen, so als sei alles futsch und verloren! Davon sind wir weit, sogar sehr weit entfernt. Als die Nazis uns im Krieg verschleppten und uns zur Schlachtbank führten, haben wir nicht aufgegeben. Ganz im Gegenteil, sie hatten lauter Scherereien mit den Zwangsrekrutierten, die zurückschlügen wo immer es nur ging.

Allem voran geht es darum, daß die Zwangsrekrutierten sauber vor dem geschichtlichen Hintergrund des Landes stehen. Es ist höchste Zeit, daß die Generation, die dem Land an Leben, Gliedmaßen und Gesundheit so viel opferete, endlich moralisch und materiell rehabilitiert wird. So lange das nicht geschehen sein wird, wird es in Luxemburg keine Ruhe geben! Und

wer glaubt annehmen zu dürfen, wir seien am Ende unseres Lateins, der wird sich noch sehr wundern!

Es gilt noch immer das Gesetz vom 26. März 1974 zu verbessern, wie ebenfalls die benachteiligenden Maßnahmen, moralischer wie materieller Natur, wie sie im Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950 niedergeschrieben sind auszumerzen, weil sie die Zwangsrekrutierten schrecklich diskriminieren. Um dies zu ändern liegen entsprechende Gesetzestexte vor. Es braucht lediglich eines Votums des Gesetzgebers.

Unser Problem ist ein politisches. Es waren Luxemburger Politiker, die es schufen. Nur Politiker können es vollgültig lösen. Und dafür müßte sich eine Majorität in der Abgeordnetenkammer finden.

Die gegenwärtige Regierung und die sie stützenden Majoritätsparteien wollen nichts unternehmen, obschon sie vor den letzten Wahlen Versprechen gemacht hatten, die Anlaß zu absolut berechtigten Hoffnungen gaben. Es bedurfte schon einer Petition, die ungewöhnlich u. einzigartig im politischen Geschehen Luxemburgs steht, — 40.393 wahlberechtigte Bürger haben sie signiert, — um zu erwirken, daß der Gesetzesvorschlag Grandgenet nicht in den Schubladen des Parlamentsgebäudes verschwinde.

An diesem Punkt unserer Geschichte angelangt, sehen wir uns gezwungen zu überlegen und uns zu fragen, ob wir wirklich alles getan haben, ob nichts unterlassen wurde um unser Ziel zu erreichen. Haben wir etwa dies oder jenes falsch gemacht oder unterlassen? Haben wir Fehler gemacht? Es mag sein! Wenn Menschen jahrzehntelang Tag für Tag mit demselben Problem zu kämpfen haben, so wie dies bei uns der Fall ist, stellt sich notgedrungen mit der Zeit eine gewisse Abgestumptheit ein, und man sieht vor lauter Bäume den Wald nicht mehr. Bei einiger Ueberlegung kommt man zur Schlußfolgerung, daß wir in gewissem Sinn mit der Vergangenheit brechen müssen.

Seitdem unsere Organisationen bestehen, und die Statuten sehen dies vor, mußte jeder Kamerad aus dem Vorstand ausscheiden, dem er bis dahin angehört hatte, wenn er sich auf landespolitischem Plan engagierte und gar vielleicht Deputierter wurde.

Dieses apolitische Führen unser Vereinigungen war bislang eine gewisse Stärke gewesen. Aber jede Medaille hat bekanntlich zwei Seiten. Nicht anders ist es auch hier. Es gibt nun einmal nicht nur Vorteile. In unserem Fall war es sehr oft ein Nachteil, wenn Kameraden aus dem eben erwähnten Grunde, ausschieden und nach und nach immer weniger Kontakt mit uns hatten. Wenn es auch nicht unbedingt zu einer Trennung im wahrsten Sinne des Wortes kam, so kann man es in etwa mit dem Auseinanderleben vergleichen, so wie das in manchen Ehen, beispielsweise, nicht selten vorkommt. Daß das

kein gesunder Zustand ist, wird jedem einleuchten.

Wir werden eine Aenderung der Statuten vornehmen, und es den Kameraden aus unseren Reihen ermöglichen auch dann weiter in den Vorständen zu verbleiben, wenn sie ein politisches Mandat ausüben.

Im Zentralvorstande ist man sich der Tragweite dieses Vorschlags sehr wohl bewußt. Unser Problem ist nun einmal ein politisches und es kann nur auf dem Weg über die Politik gelöst werden. Wenn die bislang peinlich gewährte politische Neutralität bis zu einem gewissen Grade aufgegeben wird, will das nicht heißen, diesem oder jenem Kamerad, der dem Zentralvorstand angehört, würde der Weg geebnet um in die Politik zu gehen und womöglich politisches Kapital aus der Sache der Zwangsrekrutierten zu schlagen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Es geht vor allem darum, daß endlich unser Problem gelöst wird. Auch in der Zukunft wird peinlichst darauf geachtet werden, daß der Zentralvorstand politisch nicht unterwandert wird.

Es ist eine Tatsache, daß niemand unseren Einfluß auf die Entwicklungen in unserem Land übersehen noch übergehen kann. In Zukunft werden wir jede Partei und jeden Deputierten offen und mit allen Mitteln unterstützen, die sich tatkräftig einsetzen um unser Problem zu lösen. Wir werden uns überall dort einschalten, wo immer die Politik eine Rolle spielt, und das sowohl innen- wie außenpolitisch. Man wird überall mit den Zwangsrekrutierten rechnen müssen. Nicht wir haben dies heraufbeschworen, sondern die, die glauben mit den «domme Bouwen» fertig zu werden.

Der Zentralvorstand schlägt vor, ab sofort eine große Aufklärungskampagne zu starten. Mittels einer landesweiten Plakatation sollen die Bürger in unserem Lande sensibilisiert werden. Wir werden überall im Lande für die gerechte Sache der Zwangsrekrutierten plädieren und das sowohl verbal wie schriftlich. Dabei werden wir nicht verfehlen, auch zu anderen hochbrisanten, politischen Tagesthemen Stellung zu beziehen. Wir werden in die herannahende Wahlkampagne eingreifen und dort mitmischen. Unsere Plakaten werden ab sofort bis etwa 6 Monate nach den nächsten Parlamentswahlen überall im Lande zu sehen sein. Es werden tausende von Autocollants verteilt worauf «Justice aux enrôlés de force» verlangt wird. Die Delegierten der Landessektionen werden ihre Mitglieder aufklären und dafür sorgen, daß sie diese Autocollants an ihren Wagen anbringen. Darüber hinaus sollen sie ebenfalls alle Verwandten und den Zwangsrekrutierten gutgesinnte Personen ansprechen und sie bewegen, bei dieser Aktion mitzumachen.

Das ist in großen Zügen dargelegt, wie die Weichen heute am 25. Februar 1978 zu stellen sind, sagte der Nationalpräsident, und schloß seine Ausführungen mit den Worten: «Mir, déi iwwreg bliwwe sin, hu sengerzäit d'Verpflichtung

op eis geholl, derfir ze suergen, dat d'E'er gewahrt an d'Undenken un eis Komeroden waachgehalde get, mais och dat all Enrôlé zu sengem Recht kënn. Nach si mir staark! Mir hun e Problem, dé geléist muss ginn! Mir müssen eis Méiglechkéiten an eis Chance konsequent notzen. Maache mer dat net, da versoë mer! Dann darf ké sech wonneren, wa spéider vun eis gesot get: Mat déne war näischt lass!»

Alsdann kamen die Delegierten zu Wort und es entwickelte sich eine angeregte Debatte, deren Quintessenz in den nachfolgenden Beschlüssen wiedergegeben ist.

Die Vorschläge des Zentralvorstandes wurden einstimmig angenommen. Letzterer wurde beauftragt, die Beschlüsse sofort zu verwirklichen. Die Delegierten verlangten, daß sofort ein Aktionsausschuß gebildet werde, — was sogleich geschah, — um die Kameraden des Zentralvorstandes tatkräftig zu unterstützen und um ihnen einen Teil der nun anfallenden Arbeiten abzunehmen. Aus der Versammlung kamen sehr gute Anregungen bezüglich unserer Aufklärungskampagne und der Plakatation. Weiter wurde beschlossen, daß jeder Zwangsrekrutierte sich kritisch mit den politischen Tagesthemmen auseinandersetzt, seine Ideen zu Papier bringt und sie veröffentlicht. Die Kameraden der Sektionsvorstände werden einen jeden aufklären und alle werden gleichzeitig mithelfen, das neue Programm zu verwirklichen.

Was die Finanzierung der beschlossenen Maßnahmen anbelangt, so wurde entschieden, daß jeder Zwangsrekrutierte einen geldlichen Beitrag (einmalig) von mindestens 25 Franken leistet. Selbstverständlich darf jeder mehr spenden, wenn er das tun möchte.

Gegen Ende der Tagung in Walferdingen wurde nachfolgende Resolution vorgelesen und einstimmig verabschiedet. Im Anschluß an die außergewöhnliche Generalversammlung hielt der Zentralvorstand eine Pressekonferenz.

Résolution

Les délégués de l'Association des Enrôlés de force, victimes du Nazisme et les délégués de l'Association des Parents des Déportés militaires,

de la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945,

et de l'Amicale des Anciens de Tambow

réunient en assemblée générale extraordinaire le 25 février 1978 à Walferdange

CONSTATENT avec indignation l'inertie impardonnable du Gouvernement luxembourgeois face au problème national des enrôlés de force,

DECIDENT de renoncer, si nécessaire, à la neutralité politique observée jusqu'ici,

FONT APPEL à la solidarité des enrôlés de force, de leurs familles et de leurs sympathisants,

INVITENT plus particulièrement tout député et toute organisation à seconder les enrôlés de force dans leur lutte pour mettre fin à la discrimination intolérable qui pèse sur la génération sacrifiée, à appuyer la proposition de loi Jos. Grandgenet No 1790 et la proposition de loi Jean Gremling, accordant la retraite anticipée, à leur demande, aux personnes devenues victimes d'actes illégaux de l'occupant et portant fixation des suppléments de pension afférants, déposée à la Chambre des Députés le 16 février 1978,

ACCEPTENT la proposition du comité fédéral de soutenir par tous les moyens à sa disposition tout homme politique de bonne foi et tout parti qui ferait sienne la juste cause des enrôlés de force.